69. Ausgabe • 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 20 Pf.

„Freiheit und Brot"

München, Samstag, 20. Juni 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachf., G. m. b. H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto: Frz. Eher Nachf., G. m. b. H. München 11346 u. Postsparkassenk.: Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., Wien 79921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechst. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3.25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20 801

Zusammenbruch des Sicherheitsschwindels

Keine Revision der Friedensverträge — Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland — „Sicherung" Polens und der Tschechei

Einkreisung von Westen und Osten

Die „Frankfurter Zeitung" hat einmal in ihrer unverwüstlichen Liebe zu dem großen Demokraten des Westens, Briand, als einen Mann der „weichen Hand" gekennzeichnet. Diese weiche Pfote, die die Krallen etwas zurückzuziehen versteht, zeigt sich auch in der soeben veröffentlichten Antwortnote der französischen Regierung auf das blamable Angebot des Herrn Stresemann. Trotzdem sind die Absichten für jeden, der noch zu lesen versteht, ganz eindeutig. **Die Einkreisung Deutschlands von Westen und (!) von Osten soll planmäßig weiterbetrieben, und was das Groteske dabei ist, von Deutschland selbst freiwillig als bestehender, für ewig bestehender Zustand anerkannt und bekräftigt werden.** Ausdrücklich wird erklärt, daß keine Änderung und keine Revision der sogenannten Friedensverträge zugelassen werden dürfe. Die Alliierten können jeder Nichterfüllung gegenüber auftreten, wie es ihnen gefällt, und, wie es ausdrücklich heißt, auch dann, wenn Bestrebungen eines auf Änderung der Verträge hinzielenden Abkommens sie nicht unmittelbar angehen. Damit ist der Grundton der ganzen Note ohne weiteres gegeben. Anstatt die Meinung der ganzen Welt Tag für Tag gegen die Ungerechtigkeit von Versailles aufzupeitschen, die Vertragsbrüche der Alliierten aufzuzählen, und die Schuldfrage aktiv zu behandeln, hat Herr Stresemann es durch seinen verbrecherisch leichtsinnigen Garantiepakt glücklich erreicht, daß die Entente sich erneut auf das Versailler Schmachdiktat einigen konnte und aller Schwierigkeiten überhoben war; dank Stresemanns Entgegenkommen!

Im dritten Absatz wird die Schlinge enger gezogen und ausdrücklich gefordert, daß in den Sicherheitspakt auch Belgien einbezogen werden müsse, d. h., daß Deutschland die gegen den Versailler Vertrag durchgesetzte Annektion Eupen-Malmedys nachträglich als zu Recht erfolgt anerkennt! Im vierten Absatz zieht sich die Schlinge noch mehr zusammen; voller Freude greift die „weiche Hand" des Herrn Briand nach dem Vorschlag Stresemanns, sog. Schiedsverträge abzuschließen, und fordert fröhlich, daß ein Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte. Falls einer der Vertragsschließenden seinen Verpflichtungen (siehe oben) nicht nachkommen sollte, so soll der Völkerbundsrat eingreifen. Dieser Völkerbundsrat aber ist, wie bekannt, ein Organ der Hochfinanz sowohl wie der französischen Einbrechertruppen und ihrer Marschälle. **Bei der geringsten Gelegenheit hat also selbst die weiche Hand des Herrn Briand die Möglichkeit, die von Herrn Stresemann dem deutschen Volke in fahrlässiger Weise über den Nacken geworfene Schlinge zuzuziehen,** wobei im ersten Absatz der französischen Note zur Voraussetzung gemacht wird, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt und sich von vorneherein seiner Gerichtsbarkeit unterwirft. Im fünften Absatz zieht sich die Schlinge noch enger, indem erklärt wird, daß Deutschland auch Schiedsverträge mit seinen anderen Nachbarn abschließen müsse, da die alliierten Staaten auf Grund der „Friedensverträge" Rechte und Pflichten hätten, denen sie sich „nicht entziehen" könnten. Mit anderen Worten, **Deutschland soll auch den Tschechen, den Polen ihren Raub an deutschen Gütern für immer garantieren, und einen Anschluß Deutsch-Österreich auf ewig ablehnen!**

Soeben wird auch das französische Memorandum vom 25. Mai, welches die Antwort auf die zwanzig Fragen Chamberlains enthält, veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: „Bei dem Hinweis auf die Bestimmungen, welche nicht direkt die alliierten Mächte angehen, habe die französische Antwort lediglich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung Deutschlands und **ihre Empfindlichkeit (!) es unterlassen, ausdrücklich den Namen von Österreich, Polen usw. einzufügen.** Man müsse zwischen territorialer Garantie und der Garantie für einen Schiedsgerichtsvertrag unterscheiden". Daraus geht hervor, daß am Plane, Deutschland durch einen eisernen Ring sowohl, als auch durch Verträge auch an der Ostgrenze zu binden, nicht der geringste Zweifel mehr besteht. Stresemann hat erklärt, daß, wenn von ihm auch die Garantie der Ostgrenze gefordert würde, sein **Sicherheitspakt erfolglos geblieben sei.** Dieser Fall ist jetzt eingetreten. In unverantwortlicher Weise hat Herr Stresemann Deutschlands Gut und Blut für ewig im Westen hingeben, hat Deutschland noch einmal freiwillig zur Anerkennung der Schuldlüge veranlassen wollen, hat dadurch das Ansehen Deutschlands ungeheuer geschädigt und nichts erreicht, als einen in schöne Worte gefaßten niederträchtigen Hohn. **Es ist selbstverständlich, daß dieser Unglücksmensch sich jetzt sofort von seinem Posten zurückzieht und in der Versenkung verschwindet, wohin er schon seit zwanzig Jahren gehört. Wir erwarten, daß dann Hindenburg einen ganzen deutschen Mann an die Spitze der deutschen Politik beruft, der halbwegs wieder gut macht, was Minister der Novemberrepublik von Wirth und Rathenau bis Cuno und Stresemann verdorben haben. Daß die Note Briands gründlich zurückgewiesen wird, ist eine nationale Notwendigkeit!** A. R.

Pressestimmen zur Note

Berlin, 19. Juni. Der „Lokalanzeiger" hält es für ausgeschlossen, daß irgendein ernsthaft zu nehmender Politiker oder politische Partei in Deutschland die Briandschen Bedingungen für unser Volk erträglich finden könne.

„Der Tag" nennt die Note ein Meisterstück der Verdunkelung.

Das „Berliner Tageblatt" drückt „die Befürchtung aus", daß man mit dem Versuch, auf diese Weise die französische Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland für ewige Zeiten festzulegen und Deutschland selbst darin wie ein gefesseltes Tier zu verstricken, eine Situation schaffe, die nicht dem Ausgleiche, sondern einer weiteren Entfremdung der Völker diene. Dabei wird es sich selbstverständlich zur Annahme bereit finden.

Die „Kreuzzeitung" schreibt, alles in allem genommen, läuft die französische Antwort darauf hinaus, die deutsche Bewegungsfreiheit erneut einzuschränken und Deutschland freiwillig auf alle Bestimmungen des Versailler Vertrages festzulegen und einen bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeizuführen. Irgendwelche Vorteile, die sich für Deutschland aus dem Abschluß des Sicherheitsvertrages auf der Grundlage der französischen Antwort ergeben, vermögen wir beim besten Willen nicht zu erblicken.

Der alljüdische „Vorwärts" meint, die französische Antwort bedeutet keine (!) Erschwerung, sondern nur eine Verbreiterung der durch das deutsche Memorandum angesponnenen Diskussion.

Nach Auffassung der „Deutschen Zeitung" ist mit der französischen Antwort der deutsche Sicherheitsvorschlag ins Wasser gefallen.

London, 19. Juni. Das Leitmotiv der heutigen englischen Presse ist die Erörterung des Sicherheitspaktes.

Die „Morning Post" hofft, daß das englische Volk sich in der Unterstützung seiner Regierung einig sein werde, und daß die Dominien begreifen werden, daß dieser Vorschlag das britische Reich von europäischen Verwicklungen befreit.

Die „Times" sagen, es wäre wichtig, daß das große Ziel der Paktvorschläge darin bestehe, den Befürchtungen und Verdachtsgründen für neue Kriege ein Ende zu machen. Der Grundgedanke bestünde in der Verpflichtung der interessierten Mächte, jeden Gedanken an den Krieg aufzugeben.

„Daily Expreß" dagegen schreibt, daß der Pakt für England ein Todesurteil sei. Die Dokumente seien ein vollständiger Triumph der französischen Diplomatie.

Annahme der Zollvorlage im Reichsrat

Berlin, 19. Juni. Der Reichsrat genehmigte gestern mit einigen Änderungen die Zolltarifvorlage der Reichsregierung. Der Einspruch gegen den Reichstagsbeschluß über die Aufhebung der Urteile der bayerischen Volksgerichte wurde zurückgezogen.

Deutsche Sklaverei

Elektrifizierung Frankreichs auf Reparationskonto?

Paris, 19. Juni. Die Kammer nahm gestern eine Entschließung an, daß die Regierung unverzüglich eine Programm für die Ausstattung der Landbezirke in ganz Frankreich mit Elektrizitätswerken ausarbeite und die Ausführung dieses Programms auf der Grundlage der deutschen Sachleistungen für Reparationskonto erstrebt.

Krisenstimmung in Paris

Paris, 19. Juni. Die Sozialisten waren gestern abend zu einer entscheidenden Sitzung zusammengetreten, nachdem am nachmittag die Ausschüsse der Gruppen des Linkskartells mit den Sozialisten eine Sitzung abgehalten hatten. Die sozialistischen Führer gaben an, daß die sozialistische Gruppe nur in dem Falle wiedr zur Unterstützungspolitik zurückkehren könne, daß das Kabinett die Kartellpolitik auf der Grundlage der Wahlen vom 11. Mai fortsetze. Die Delegierten der anderen Gruppen machten die Sozialisten dann auf die Folgen einer Spaltung des Kartells aufmerksam, wobei sie besonders auf die finanziellen Auswirkungen eines solchen Ereignisses hinwiesen. Es kam zu einem lebhaften Meinungsaustausch, der jedoch zu keinem Ergebnis führte.

Zweierlei Recht in Bayern

Verleumdung gegen Hitler 30 Mark — „Beleidigung" Schäffers 1 Mon. Gefängnis

Am 18. Juni fand der Beleidigungsprozeß des Abg. Schäffer (Bayer. Volkspartei) gegen Herrn Stolzing-Cerny seinen Abschluß. Das vorgelegte Strafbuch der 7. Komp. des Leibregiments weist aus, daß Herr Schäffer nicht nur eine Strafwache, wie er bisher behauptet hatte, sondern deren drei zudiktiert bekommen hatte: wegen Käseabschneidens. Zeuge Hauptmann von Bechtolsheim wußte nichts anderes auszusagen, als was die bisher vom Kläger benannten Entlastungszeugen zu bekunden hatten. Seine Aussage vom 28. Mai korrigierte der Zeuge Dr. Karl Schäffer, daß er von seinen Brüdern erzählt bekommen habe, nicht die Mannschaft habe sie wegen der Käsegeschichte beschimpft, sondern der Hauptmann von Bechtolsheim, der Kompagnieführer, hätte geschimpft. Die Zeugin Frl. Schäffer, Schwester des Klägers, wußte ebenfalls von der Käsegeschichte in der Darstellung, die Herr Schäffer gab, zu erzählen.

Alle Zeugen, die von Schäffer aufgeboten wurden, sind vereidigt worden, sein Bruder überdies noch dazu als Sachverständiger. **Der einzige Zeuge Leberle, der über die soldatischen Qualitäten Schäffers sowie über das eigenhändig vollzogene Anbinden Schäffers an den Baum mit voller Bestimmtheit abfällig aussagte und nichts zurücknahm, obwohl er selbst wegen seiner Aussage jetzt von Schäffer verklagt wird, dieser eine Zeuge wurde unter Berufung auf § 57 der Strafprozeßordnung nicht vereidigt,** obwohl eine Mittäterschaft bei Abfassung des Artikels nicht in Frage kommt. Der Richter betonte zwar, daß die Aussage des Zeugen Leberle den Eindruck vollster Glaubwürdigkeit mache, und auch so gewertet werde, als ob der Zeuge vereidigt worden wäre. In der Urteilsbegründung allerdings wurde diese Zeugenaussage so gewertet, daß sie für die Erbringung des Wahrheitsbeweises — „belanglos" sei!

Nach der Beweisaufnahme machte der Richter den üblichen Vergleichsvorschlag, weil er der Ansicht sei, daß sich die Sache sehr wohl auf dem Vergleichsweg aus der Welt schaffen ließe. R.-A. Wahrmuth, als Vertreter Schäffers, lehnte jeden Vergleich ab, und hielt dann seine Rede. Eingang und Schluß dieser Rede befaßte sich in unsachlichster Weise mit einer Kritik des „Völkischen Beobachters", die ganz energisch und aufs allerschärfste zurückgewiesen werden muß.

R.-A. Roder, als Verteidiger des Beklagten, bezeichnete die maßlosen Äußerungen Wahrmuths über den „Völkischen Beobachter" als Mache. Er hätte gedacht, daß auch der Anwalt verpflichtet sei, unparteiisch eine Sache zu vertreten. Es sei eine Scheinheiligkeit, wenn eine Partei beschmutzt wird, weil man selber der Gegenpartei angehöre, die den politischen Kampf in der eigenen Parteipresse mit Entgleisungen begonnen habe und führe, wie sie dem Beklagten hier einmal in Wahrung berechtigter Interssen unterlaufen sei. Er wisse, daß schwarze und rote Blätter genau so gehandelt haben wie hier der „Völkische Beobachter"; er erinnere nur an die Zeitungen der Schwarzen, insbesondere an den „**Bayerischen Kurier", der gegen Hitler die Lüge von dem Ausspucken der Hostie in verleumderischer Absicht verbreitet habe.** R.-A. Roder wies mehrere Strafakten vor, die sich mit der Erledigung der unglaublichsten Verleumdungen über Adolf Hitler befassen und in denen jedesmal die Haltlosigkeit all dieser heimtückischen und niederträchtigen Lügen festgenagelt worden sei. Es sind gerade Männer der Bayerischen Volkspartei, die eine Menge Schmähschriften gegen Hitler losgelassen hätten. Roder bezieht sich auch auf ein Flugblatt des Generalstaatskommissars v. Kahr, in dem die unsinnigsten Beleidigungen Hitlers enthalten sind.

Mit Schärfe wendet sich Roder gegen die Herunterreißung der Aussage des Zeugen Leberle durch R.-A. Wahrmuth. Leberle sei als Vizefeldwebel sehr wohl in der Lage gewesen, ein Urteil zu haben über die Qualitäten seiner Leute, da er den Außendienst zu machen hatte. Zeuge Huber gibt selbst zu, daß Leberle ein gerechter Vorgesetzter war, und des ist deshalb nicht einzusehen, warum er heute unter Eidbruch aussagen solle.

Roder übergibt dem Gericht eine Urteilsausfertigung gegen einen Bauarbeiter Petermichel von Laubnitz, der in einer öffentlichen Versammlung im April 1924 auf Grund von Pressenachrichten Herrn Hitler genau den gleichen Vorwurf gemacht habe, wie in dem Artikel des „V. B." gegenüber Schäffer, nämlich Feigheit und Drückebergerei, ja sogar Fahnenflucht. Der Prozeß ergab die vollständige Haltlosigkeit dieser auf Erledigung Hitlers abzielenden Verleumdungen. Der Beklagte wurde mit ganzen — dreißig Mark — Geldstrafe gebüßt. R. A. Roder beantragte Freisprechung, da durch die Aussage Leberles der Wahrheitsbeweis in der Hauptsache erbracht sei, mit Ausnahme des Wiederverkaufs des abgeschnittenen Käses, und weil der Beklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Herr Stolzing-Cerny gibt noch eine Erklärung ab: Er versichere hiermit mit seinem Ehrenwort als Offizier — „und zwar sei es kein Lossowes Ehrenwort" —, daß er von dem im Feld erfolgten Tode des Herrn Walter Schäffer keine Kenntnis gehabt habe, sonst hätte er den Artikel in anderer Fassung oder überhaupt nicht gebracht. Der Vorsitzende wies die Anspielung auf Lossow „scharf" zurück mit dem Bemerken, daß durch gerichtliches Verfahren die Unbegründetheit solcher Äußerung festgestellt sei. (Au!)

Nun kommt das Interessante dieses Prozesses: Derselbe Richter, der die Möglichkeit einer vergleichsweisen Erledigung der Sache als sehr wohl gegeben ansah, fällte folgendes Urteil:

Herr Stolzing-Cerny ist schuldig eines Vergehens der üblen Nachrede gegenüber dem Landtagsabgeordneten Schäffer, und wird verurteilt zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen sowie zur Tragung der Kosten und zur Publikation des Urteils im „Bayerischen Kurier", „M. N. N." und im „V. B."

*

Mit diesem Urteil ist folgendes gesagt: Wer es sich genehmigt, gegen Adolf Hitler die hundsgemeinsten Verleumdungen zu veröffentlichen und zu verbreiten, also gegen einen Mann, dessen militärische Strafliste auch nicht den geringsten Eintrag eines Verweises, geschweige denn einer sonstigen Strafe aufweist, gegen einen Mann, dem der Dienst am Feind mehr am Herzen lag als die Beförderungsverhältnisse, die Herrn Schäffer so sehr beschäftigten, wer sich also leistet, gegen diesen Mann mit Lüge und Verleumdung vorzugehen, um sein politisches Ansehen zu untergraben, der braucht nur eine kleine Luxussteuer in Form einer lächerlichen Geldstrafe zu bezahlen. Wem es aber passiert, daß er auf Grund der Informationen eines Gewährsmanns zwar im Wesentlichen, aber nicht Wort für Wort eines Angriffs auf irgendwelche Bonzen der schwarzen und roten Partein juristisch nachweisen kann, gegen den wird die volle Schärfe des Gesetzes angewendet. Auch hier also ein Ausnahmezustand, wie er deutlicher nicht denkbar ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die angegriffene Ehre unseres Führers Adolf Hitler allermindestens genau soviel Wert besitzt, wie die eines Herrn Schäffer. Man konnte vom Gericht füglich erwarten, daß es in der Strafbemessung sich halbwegs nach der richten würde, wie sie den Verleumdern und Ehrabschneidern Hitlers zugebilligt wurde. Wobei wir ausdrücklich betonen, daß Herrn Stolzing-Cerny ein bewußt unbegründeter Angriff auf Herrn Schäffer ferne gelegen hat. Die Aussagen des Zeugen Leberle sind nach unserer Meinung derart klar und bestimmt in jeder Form aufrechterhalten durch den ganzen Prozeß, daß ihre angebliche Wertlosigkeit bei der Urteilsfindung schlankweg unbegreiflich erscheinen muß. Es ist selbstverständlich, daß gegen dieses Urteil Berufung eingelegt wird.

Die Immunität

Das parlamentarische Zeitalter trug als Schlachtpanier die „Souveränität des Volkes" vor sich her. Daraus folgerten seine Wortführer „logischerweise", daß auch die „Vertreter" dieses „souveränen Volkes" selbst souverän, unantastbar sein müßten. Nach längeren Kämpfen gingen die Monarchien auf diese Anschauung ein und bauten dem Demokratismus dadurch selbst die Festung, aus der die Feinde der Monarchie, stets gedeckt, ihre Ausfälle machen konnten. Unter dem Schutz der Immunität vollzog sich der Hoch- und Landesverrat 1917 und 1918 und erneut 1923 während des Ruhrkampfes, ohne daß die monarchische, noch die republikanische Regierung ernstlich dagegen aufzutreten sich getrauten.

Aus Meineid und Hochverrat ist — nach Kardinal Faulhaber — der heutige Staat entstanden. Die völkische, nationalsozialistische Bewegung will gegen ihn ein wahrhaft Deutsches Reich, ein Großdeutschland errichten. Wir stehen in der Frage nach der Immunität der „Volksvertreter" grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß diese Unverletzlichkeit für alle Abgeordneten aufgehoben werden müßte. Würden die Herrschaften, die heute über Für und Wider in einzelnen Fällen darüber abstimmen, sich auf denselben Grundsatz einigen, so würden wir das begrüßen. Tatsächlich aber ist man hochbesorgt, dem einen bei schwerstem Angriff gegen einen Minister den Schutz der Immunität zuzubilligen, dem andern auch von nationaler Seite kommenden Angreifer aber dem Parteistaat der Bayerischen Volkspartei preiszugeben.

Wir müssen auch an dieser Stelle das Verhalten einiger Mitglieder des Völkischen Blocks ausdrücklich als skandalös bezeichnen. Ob das persönliche Verhältnis zu Streicher berechtigt ist oder nicht, spielt hierbei keine Rolle; auch „sachliche" Überlegungen sollten nicht zur Vertuschung der Tatsache herbeigezogen werden, daß eine Anzahl von völkischen Abgeordneten es als mit ihrem Gewissen vereinbar hielt, sich in diesem Falle ins Schlepptau unserer bittersten Gegner nehmen zu lassen. Selbst den besten Fall angenommen, Herr Doerfler und seine Freunde hätten die „sachliche Notwendigkeit" einer Strafverfolgung Streichers im „Interesse des Staates und öffentlichen Ruhe und Ordnung" angenommen; dann hätten sie vergessen, daß sie nicht diesen Staat der Bayerischen Volkspartei und der Luppe-Demokratie zu verteidigen, sondern daß sie die Pflicht haben, diesen „Staat" nach allen Kräften zu bekämpfen. Ein System, das deutsche Männer auf gleiche Stufe mit Landesverrätern stellen möchte, ist nur wert, daß es zusammenbricht und restlos überwunden wird.

Wir haben unseren Standpunkt in den Berichten über die Vorfälle im Bayer. Landtag bereits festgelegt. Wir wiederholen dies hier noch einmal in grundsätzlicher Form, denn es handelt sich nicht um einen Fall, sondern um ein Prinzip, das jeder Völkische als selbstverständlich anerkennen sollte. Von diesem Prinzip sind Doerfler und seine Freunde abgewichen. Sie haben dadurch unseren gemeinsamen Gegnern genützt, dem völkischen Kampf gegen diese aber ungeheuer geschadet. A. R.

Sturz der Lire!

Freimaurerischer Börsendruck

Mailand, 19. Juni. Der italienische Lire erfuhr gestern auf der Schweizer Börse eine scharfe Abwärtsbewegung von 19.35 Franken auf 18.50 für 100 Lire. Infolge der Abwärtsbewegung des Lire hat die italienische Regierung den Diskont und Zinssatz abermals von 6½ auf 7½ Prozent erhöht. Die Zinsen für die ordentlichen Schatzscheine wurden von 5 auf 6 Prozent erhöht.

Die italienische Regierungspresse erklärt, daß die gegenwärtige Lage zu keinerlei Beunruhigungen Anlaß gäbe, da der Fremdenzustrom nach Italien die italienische Zahlungsbilanz ausgleiche. Auch der Notenumlauf sei nicht erhöht worden. Die Presse macht für die scharfe Abwärtsbewegung einerseits die Forderung der Vereinigten Staaten nach Regelung der interalliierten Schulden und andererseits scharfe Deckungseinkäufe von Handel und Industrie verantwortlich.

*

Rom, 19. Juni. Mussolini hat offiziell in Washington und London mitteilen lassen, daß Italien bereit sei, sofort in Verhandlungen über die Regelung der italienischen Schulden einzutreten.

Die Verhandlungen zwischen China und den Vertretern der Mächte abgebrochen

Paris, 19. Juni. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern des diplomatischen Korps und der chinesischen Regierung abgebrochen wurden. In Hongkong sind gestern sieben Kommunisten verhaftet und einer davon getötet worden. Die Studentenschaft der Stadt ist in Streik getreten. Aus Chunaking wird gemeldet, daß dort ein Aufruhr ausgebrochen ist. Der britische Konsul mußte sich in einen Tempel flüchten. Englische Untertanen wurden auf der Straße mit Steinen beworfen.

Die Zeiten ändern sich!

Unter dem Titel: „Eigentum ist Diebstahl" schreiben „Lid. Listy": Die Zeiten, in denen die Sozialisten verkündeten, daß Eigentum Diebstahl sei, sind endgültig vorbei. Heute organisieren sich die Sozialisten als Hausherren und Rentiers und schützen ihr Privateigentum oft eifriger, wie „bürgerliche" Menschen. In den Tagen der landwirtschaftlichen Ausstellung in Prag weilte der russische Sozialdemokrat Suchomlyn in Prag und schreibt voller Begeisterung über die erfreulichen Vermögensverhältnisse der tschechischen sozialdemokratischen Partei im Brüsseler „Peuple", wo er sagt, der Adelspalast in Prag ist sozialdemokratisches Eigentum, sie besitzen ferner ein großes Volkshaus, das ehemalige Palais Kinsky, mit einer großen modernen Druckerei. Die Partei fühlt sich aber bereits in diesen Räumlichkeiten zu eng und plant den Bau eines Riesenpalais mit einem Aufwand von 30 Millionen Kronen. Ein zweites großes Palais, ein ehemaliger Besitz des Baron Rothschild, beherbergt die Genossenschaftsbank, die letztes Jahr einen Umsatz von fünfeinhalb Millionen machte, außerdem besitzt die Partei in den verschiedenen Stadtteilen noch fünf Volkshäuser. Die Arbeitervorschußkassa hatte 1924 31 Millionen Kronen Einlagen. Die Großeinkaufsgenossenschaft, das größte Handelsunternehmen der Republik, ist ebenfalls sozialdemokratischer Besitz.

Deutschland und das bayer. Konkordat

Rede des Nationalsozialisten Frick.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.): Meine Damen und Herren! Die Antwort der Reichsregierung befriedigt uns nicht. Ob das bayerische Konkordat nicht ein Staatsvertrag ist und daher nach Art. 72 Abs. 2 der Zustimmung des Reiches bedarf, ist zum mindesten ebenso zweifelhaft wie die Frage, ob es nicht mit einzelnen Bestimmungen der Reichsverfassung — zu deren Schützern wir uns ja im übrigen nicht aufwerfen wollen — im Widerspruch steht. Schon aus diesen beiden Gründen hätte seinerzeit Herr Reichskanzler Marx zum mindesten dem Reichskabinett diese hochpolitische Angelegenheit vorlegen müssen, zumal doch auch der gar nicht gehörte Reichsminister des Äußeren sachlich beteiligt war.

Wir vermissen auch eine Auskunft der Reichsregierung über den Stand der Frage des Reichskonkordats. Wenn ich mich recht erinnere, hat der frühere Reichsminister des Innern Jarres bei einer Wahlrede im Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft im März dieses Jahres in München, um die Bayerische Volkspartei für sich zu gewinnen, es sich als besonderes Verdienst angerechnet, daß eine seiner letzten Amtshandlungen als Reichsminister die Vorlage eines Reichskonkordats an das Reichskabinett gewesen sei.

Wenn es dem bayerischen nachgebildet sein sollte, so erkläre ich namens meiner sämtlichen völkischen Freunde schon jetzt, daß wir dasselbe aufs schärfste bekämpfen und ablehnen werden.

Man hat unseren völkischen Freunden im Bayerischen Landtag den Vorwurf gemacht, sie störten durch ihre ablehnende Haltung gegenüber dem bayerischen Konkordat den konfessionellen Frieden und gefährdeten die nationale Einheitsfront. **Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß durch die Vorlage des Konkordats zu einer Zeit, in der unser Volk ohnehin durch politische und soziale Gegensätze mehr als je gespalten ist, ohne Not zu allem anderen auch noch die konfessionellen Gegensätze neu aufgewühlt und verschärft wurden.**

Denn die Vorlage war gerade jetzt, wo doch unsere staatsrechtlichen Verhältnisse durchaus noch nicht derart gefestigt sind, daß sie auf Jahrzehnte hinaus Bestand versprechen, um so weniger am Platze, als die Kurie ihrerseits Politik auf lange Sicht macht (Sehr richtig! bei den Völkischen) und, nachdem das alte bayerische Konkordat vom 5. Juni 1817 über 100 Jahre in Kraft war, das neue überhaupt nicht befristet oder kündbar ist.

Die bayerische Regierung vertritt ja den Standpunkt, das alte Konkordat bestehe überhaupt noch zu recht. Wenn das richtig wäre, ist erst recht nicht einzusehen, warum sie jetzt ein neues vorlegt.

Aber — und damit komme ich auf den Kernpunkt der ganzen Frage — das alte Konkordat war nur ein Anhang zu § 103 der 2. Beilage der alten bayerischen Verfassung, des sogenannten Religionsedikts vom 26. Mai 1818. Dieses Edikt regelte als Bestandteil der Verfassung selbständig die Rechte und Verbindlichkeiten der verschiedenen Kirchengesellschaften gegen den Staat, die unveräußerlichen Majestätsrechte des Regenten, Gewissensfreiheit und Religionsausübung und verwies nur hinsichtlich der übrigen inneren Kirchenangelegenheiten der katholischen Kirche auf das Konkordat als Ergänzung. **Dieses, obwohl ein Jahr früher abgeschlossen als die Verfassung, aber erst mit der Verfassung als deren Anhang publiziert, kann daher auch nur Geltung nach Maßgabe der Verfassung beanspruchen. Mit dieser ist somit auch das alte Konkordat seit der Revolution von 1918 außer Kraft.**

Bei Abschluß des alten bayerischen Konkordats hatten wir eine starke Staatsgewalt, und die bayerischen Könige, so treue Söhne ihrer Kirche sie auch waren, wachten eifersüchtig über die Wahrung ihrer königlichen Prärogative und die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte. **Heute haben wir trotz allen Geschreis von Staatsautorität weder im Reich noch in Bayern eine solche Staatsgewalt. Wir haben vielmehr in Bayern eine Herrschaft der bayerischen Volkspartei, der es bei Abschluß des Konkordats nicht so sehr auf Wahrung jener Prärogative und staatlichen Hoheitsrechte als auf Verfolgung ihrer Parteiinteressen ankam.**

Nach Feststellung, daß die Staatssouveränität aufgegeben worden sei, führt Frick fort: Das Konkordat anerkennt im Artikel I § II das Recht der Kirche, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Gesetze zu erlassen und Anordnungen zu treffen, die ihre Mitglieder binden, und verpflichtet den Staat, die Ausübung dieses Rechts weder zu hindern noch zu erschweren. Nun gibt es doch kaum ein Rechtsgebiet, das das kanonische Recht nicht auch für sich in Anspruch nimmt, und so muß diese Bestimmung mangels genauer Abgrenzung der kirchlichen Zuständigkeit eine Quelle von Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche werden.

Früher wurden die Erzbischöfe und Bischöfe in Bayern vom König ernannt und legten dem König einen Treueid ab.

Heute fehlt jede Bindung der kirchlichen Würdenträger an den Staat, obwohl die Aufwendungen des Staats für ihren Unterhalt, wie überhaupt für kirchliche Zwecke größer sind als zu Zeiten der Monarchie.

Den stärksten Anstoß erregten aber insbesondere in fast der ganzen Lehrerschaft Bayerns die Bestimmungen des Konkordats über Schule und Unterricht. Wir Völkischen haben gewiß nichts gegen die Bekenntnisschule, aber was hier vereinbart wurde, ist eine

Kirchenschule, gegen die wir uns zur Wahrung der Staatsautorität, um dieses viel strapazierte Wort einmal am richtigen Platz zu verwenden, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Nach diesen Bestimmungen ist es einem Lehrer an einer katholischen Schule kaum mehr möglich, von dem ihm nach Artikel 149 der Reichsverfassung zustehenden Recht der Ablehnung der Erteilung des Religionsunterrichts Gebrauch zu machen, da er dann kaum mehr die im Artikel 5 vorgeschriebene Eignung besitzt. Da aber andere als Konfessionsschulen in Bayern nur verschwindend wenig bestehen, wird jene Weigerung regelmäßig seine Stellenlosigkeit zur Folge haben.

Der Kirche wird nicht nur die Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichts gewährleistet, sondern dem Bischof und seinen Beauftragten steht auch das Recht zu, nachteilige oder ungehörige Beeinflussungen katholischer Schüler in der Schule, insbesondere Verletzungen ihrer Glaubensüberzeugung oder religiöser Empfindungen im sonstigen Unterricht zu beanstanden. **Damit wird im weiten Umfang die geistliche Schulaufsicht wieder eingeführt, und dazu in der demoralisierenden Form eines Spitzelsystems der Kinder.**

Die Bestimmung, daß an den philosophischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg wenigstens je ein Professor der Philosophie und der Geschichte eingestellt werden muß, gegen den hinsichtlich seines katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist, widerspricht dem Grundsatz der Lehrfreiheit des Artikels 142 der Reichsverfassung.

Mit besonderem Stolz verkündete die bayerische Regierung, daß Bayern mit dem Abschluß des Konkordats endlich wieder seine alte Staatshoheit bewiesen habe. Das klingt doch so, als ob Bayern damit einen Staatsvertrag mit einer auswärtigen Macht geschlossen habe, wozu nach Artikel 78 der Reichsverfassung das Reich zuständig wäre. Nach anderen Erklärungen der Regierung soll das aber wieder nicht der Fall sein.

Alles in allem bedeutet das Konkordat eine Preisgabe wichtiger staatlicher Hoheitsrechte und eine Gefährdung des konfessionellen Friedens. **Nachdem Versailles uns politisch-territorial ausgeraubt hat, und die Dawesgesetze uns wirtschaftlich versklavt haben,** nimmt uns das Konkordat auch noch ein letztes Stück Souveränität und legt uns in kultureller Beziehung internationale Bindungen von unübersehbarer Tragweite auf. **Wir können daher in dem nach unserer Ansicht verfassungswidrigen Konkordat nicht nur keine geeignete Grundlage zum Abschluß eines Reichskonkordats erblicken, sondern müssen von der Reichsregierung auch verlangen, daß sie die bayerische Regierung zur Einholung der verfassungsmäßigen Zustimmung des Reichs zum bayerischen Konkordat auffordert oder gemäß Artikel 13 der Reichsverfassung die Entscheidung des Reichsgerichts über die verfassungsmäßige Rechtsgültigkeit des bayerischen Konkordats einholt.**

20% Rabatt

Auf sämtl. Rest-Kupons 3-4½ meter Länge

für

Anzüge, Mäntel Kostüme usw.

darunter 140/150 cm breite:

Covercoats — Rips
Kammgarne — Ottoman
Nadelstreifen — Drape
Cheviots — Marengo
Whipkords — Streifhosen
Gabardine — Manchester

Bei Anzahlung werden Stoffe bis 5. Juli zurückgelegt

H. Lewalter
Tuchhandlung
München
16 Schwanthaler Straße 16
gegenüber dem Deutschen Theater

Die französische Ohrfeige

Berlin, 18. Juni. Die von der französischen Regierung überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Wie die französische Regierung der deutschen Regierung durch ihre Note vom 20. Februar dieses Jahres mitgeteilt hat, hat sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregungen des Memorandums geprüft, das am 9. Februar durch seine Exzellenz Herrn von Hoesch überbracht worden war. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritt der deutschen Regierung den Ausdruck von friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit den ihren übereinstimmen. In dem Wunsche, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheiten zu geben, hat sie die deutschen Vorschläge mit aller gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können. Indes hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, vor Eintritt der Prüfung der deutschen Note die Fragen ins volle Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein vorheriges Einvernehmen hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

Absatz 1. Das Memorandum erwähnt den

Völkerbund

nur beiläufig. Nun sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundssatzung gebunden, die für sie genau umschriebene Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält. Die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ideal gerichtet, aber ein Abkommen läßt sich nicht ermöglichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt, die in der Völkerbundssatzung vorgesehen sind. Dieses Abkommen ist also nur zu verwirklichen, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund unter den in dem Schreiben des Völkerbundsrates vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beitritt.

Absatz 2. Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, darf

keine Veränderung der Friedensverträge

mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürfen also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen, noch eine Anwendung dieser Vertragsbestimmungen verhindern noch zur Abänderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen. So können die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen der Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

Absatz 3. Das Memorandum vom 9. Februar, das zunächst den Abschluß eines Paktes zwischen den „am Rhein interessierten Mächten" ins Auge faßt, der vom Völkerbundsgrundsätzen ausgehen könnte, schlägt vor:

1. Die Ablehnung jedes Gedanken an einen Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten.

2. Volle Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes in den rheinischen Gebieten mit gemeinsamer und gesonderter Garantie der vertragsschließenden Staaten.

3. Garantie der vertragsschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen inbezug auf die entmilitarisierten Rheingebiete, die sich für Deutschland aus dem Artikel 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten (eine Verpflichtung die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte) neben der in die Verträge aufzunehmenden und festzulegenden Grundsätze für die Sache des Friedens bilden würde.

Zu den vertragsschließenden Staaten muß offenbar auch Belgien gehören, was in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt ist, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Rheinpakt teilnehmen müßte.

Es geht auch aus den in dem deutschen Memorandum niedergelegten Gesichtspunkten hervor, daß der auf dieser Grundlage zu schließende Pakt die Erfüllung der am Rheinlandsabkommen festgesetzten Bedingungen berühren dürfte, was auch die Ansicht der französischen Regierung ist.

Absatz 4. Die deutsche Regierung erklärt sich ferner bereit, mit Frankreich sowie mit den übrigen am Rheinpakt beteiligten Staaten

Schiedsverträge

abzuschließen, die „eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicher stellen." Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag derart, wie ihn Deutschland vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpaktes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und nur dann Raum für ein zwangsweises Vorgehen lassen würde, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder auf Grund der Garantien vorliegen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet werde. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Deutschland und Belgien wäre nicht minder erforderlich. Indessen um den Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Innehaltung sichergestellt werden, durch die gemeinsamen und gesonderten Garantien derjenigen Mächte, die andererseits an den in dem Rheinpakt ausgesprochenen Garantien teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantien unmittelbar zur Wirkung kommen, wenn eine der Parteien, die es ablehnt einen Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten oder sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen oder ihn auszuführen, zu feindlichen Handlungen schreitet. Falls einer der Vertragsschließenden ohne zu feindlichen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundsrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind um dem Vertrage Wirksamkeit zu verleihen.

Absatz 5. Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum hinzugefügt, sie sei bereit mit

allen Staaten,

die hierzu geneigt sind, derartige Schiedsverträge abzuschließen.

Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zusicherung Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solches Abkommen zwischen Deutschland und jenen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterschrieben haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpakt anstrebt, und für den diese Schiedsverträge eine wesentliche Grundlage bilden sollen, ohne solche Verträge nicht völlig gewährleistet werden könnte. Die alliierten Staaten haben namentlich aus der Völkerbundssatzung und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können. Diese so abgefaßten Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben, wie die in Artikel 4 vorgesehenen. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben sich zu ihrem Garanten zu machen.

Absatz 6. Keiner der in dieser Note ins Auge gefaßten Verträge darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der

Völkerbundssatzung

erwachsen.

Absatz 7. Die für die Erhaltung des Friedens unerläßliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefaßten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten. Diese Abkommen müßten der Satzung des Völkerbundes entsprechen, vom Völkerbund eingetragen und unter dessen Obhut gestellt werden.

Es versteht sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten dem so verwirklichten Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.

Das sind die Hauptsätze, hinsichtlich deren es notwendig erscheint, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lernen.

Die französische Regierung würde es begrüßen hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bilden.

Bayerischer Landtag

Der Landtag schützt die Schlemmerei

München, 18. Juni. Im Haushaltausschuß des Landtages kam ein völkischer Antrag zur Besprechung, der zwecks Eindämmung der Schlemmerei und Prasserei ersucht, die Kreisregierung anzuweisen, den Gemeinden die Genehmigung zur Erhebung einer Schlemmer- und Prassersteuer zu erteilen, sowie die Gemeinden zu veranlassen, die Zuschläge zu den Stempelsteuern entsprechend der Ausstattung der Gaststätten verschieden abzustufen.

Finanzminister Dr. Krausneck stellte „mit Bedauern" fest, daß Prasserei und Schlemmerei in gewissen Kreisen an Ausdehnung gewonnen haben, und bei den ärmeren Teilen des Volkes größte Erbitterung hervorrufen müssen. Die Erfahrung zeige aber, daß diesen Auswüchsen steuerlich nicht beizukommen sei. Soweit die Gemeinden eine solche Steuer durchführen zu können glauben, werde die Staatsregierung die Genehmigung hierzu erteilen.

Der völkische Antrag wurde vom famosen Landtag abgelehnt.

Matt hört Flügelschläge

München, 19. Juni 1925.

An der Spitze der heutigen Kultusetatsaussprache stand die Rede des Kultusministers Dr. Matt. Für uns Völkische hat sich der bayerische Staatsminister für Kultus und Unterricht bisher als eine problematische Natur, als eine Persönlichkeit erwiesen, an der wir alle Ursache haben, in aller Sachlichkeit aber unzweideutig Kritik zu üben. Diese Sachlichkeit möge aber auch in der Kennzeichnung seiner Etatrede geübt werden. Äußerlich zeigte sich die Rede dynamisch monoton, ohne klanglich Höhepunkte, denn sie entbehrte des vom Manuskript unabhängigen freien Vortrags. Inhaltlich enthielt sie, dies sei zugestanden, manches Bemerkenswerte. Zunächst da, wie Dr. Matt versicherte, daß auch er „mit williger Aufmerksamkeit auf jeden Flügelschlag der neuen Zeit achte". Allerdings mit der reservatio, „den wertvollen Altbesitz gegenüber momentanen Unterschätzunge zu schützen und unter den neuen Forderungen die wertvollen und wertbeständigen zu erkennen und einzig ihnen das Tor zu öffnen". Wer aber soll dies entscheiden, so fragen wir? Der Kultusminister lehnt in seiner Rede die Berufung des Staates ab, den durch die Spezialisierung des Wissens im naturwissenschaftlichen Zeitalter entstandenen Riß zu heilen und den Zusammenhang des Kulturlebens und der Wissenschaften wieder herzustellen. Der Kultusminister wendet sich ferner gegen den Vorwurf, daß „die Zersplitterung unseres Geisteslebens auf die geistige Unverbundenheit unserer Schulformen zurückgehe", während nach Dr. Matts Meinung einzig die Zerfahrenheit unseres allgemeinen Geisteslebens in unseren Schulformen sich auswirke. Bei der Erwachsenenausbildung bekannte der Minister sich grundsätzlich zur Berufsfortbildungsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, wie ihn bekanntlich die Reichsverfassung vertritt. Ebenso betonte er die humanistische Bildung als die Grundlage der allgemeinen Geistesbildung, auf die auch das Ausland, England, Italien, Frankreich neuerdings zurückgreift. Der Kultusminister glaubt feststellen zu können, daß die Rufe nach einer Schulreform einer „konservativen Betrachtung" Platz gemacht haben. Ob sich der in der reinen Konfessions-Volksschule befangene Gegner der Simultanschule, Dr. Matt, nicht täuscht? In der Frage der Lehrerbildung erklärt sich der Minister als Anhänger des bisherigen Ausbildungsganges, während er der Beweglichkeit in der Mädchenerziehung das Wort redet. Den Abschluß des Konkordats bezeichnet der Minister als einen „Markstein in der kulturellen Entwicklung unseres Gemeinwesens". Zum Schlusse stellt der Staatsminister fest, daß die Aufwendungen für kulturelle Zwecke in Bayern von 58.3 Millionen Mark im Jahre 1914 auf 169.6 Millionen Mark für das laufende Jahr gestiegen sind. Mit einem Gruß an unsere Brüder in den Rheinlanden schloß der Minister.

Die große Redeschlacht zum Kultusetat hat begonnen. Der Abgeordnete Dr. Högner (Soz.) begann sachlich und endete als Parteiagitator. Nach ihm sprach Dr. Lent (National-lib.), der, zum Hochschulwesen sprechend, etliche Anwürfe seines marxistischen Vorredners entkräftete. T.

Schacht gegen die Aufwertung

Berlin, 19. Juni. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages äußerte sich auf eine Anregung der Demokraten Reichsbankpräsident Dr. Schacht über den Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Dr. Schacht wies darauf hin, daß jede Aufwertung für die deutsche Wirtschaft eine ungeheuere Belastung bedeute. Nach seiner Anschauung wäre es der richtige Weg gewesen, wenn man die durch die Inflation Verarmten durch soziale Hilfsmaßnahmen unterstützt hätte. Es sei ganz abwegig, bei solch außergewöhnlichen Ereignissen, wie Weltkrieg, Inflation und ähnlichem von Treu und Glauben zu sprechen.

Dr. Schacht fuhr dann fort, daß vom Standpunkt des inländischen Geldgebers allerdings zu beanstanden sei, daß zwischen privatrechtlichen Forderungen und Forderungen aus öffentlichen Anleihen unterschieden werde. Damit wolle er aber nicht sagen, daß etwa die öffentlichen Anleihen in gleicher Höhe aufgewertet werden sollen. Richtiger sei es, die Aufwertung der privatrechtlichen Forderungen zurückzuschrauben.

Münchner Beobachter

Auch eine soziale Frage

Fremdenverkehr und Teuerung

Unsere Hausfrauen haben gegenwärtig einen sehr harten Stand. War es ihnen zumeist schon bisher bei den vielfach unzureichenden Einkommensverhältnissen schwer genug gemacht, mit dem nur zu oft gar knappen Wirtschaftsgeld auszukommen, so ist das in den letzten Wochen noch fühlbar schlimmer geworden. Allgemein sind die Klagen über die Preiserhöhungen auf dem Lebensmittelmarkt, die seit etlichen Wochen unsere Hausfrauen beunruhigen.

So hat die Berufsorganisation der Hausfrauen an das Gesamtministerium das dringende Ersuchen gerichtet, die Ursachen der gegenwärtigen Fleischteuerung zu ergründen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In Verbraucherkreisen errege es jetzt schon wieder große Erbitterung, daß aus der starken Zunahme des Fremdenverkehrs einzelne Erwerbsschichten wieder maßlos hohe Gewinne zu erzielen versuchen, während eine große Menge der Verbraucher kaum mehr das Notwendigste zum Leben aufbringen kann.

Des weiteren wenden sich die Hausfrauen gegen die kommenden Schutzzölle mit der Begründung: Unsere Kinder leiden heute noch an den Folgen der Inflationszeit, nun soll die Not von neuem beginnen. Statt daß die ehrlichen Volksvertreter den Mut aufbrächten, rücksichtslos gegen die Unehrlichkeit im Reich, der die heutige allgemeine wirtschaftliche Krise zu danken ist, vorzugehen, schlägt man dem Volke neue Wunden. Möchten diejenigen Volksvertreter, die gesonnen sind, ihre Stimmen zugunsten der Schutzzölle abzugeben, sich vorher klar machen, welche Verantwortung sie damit unserem ohnehin so verelendeten Volke gegenüber auf sich nehmen.

Nun fand es auch der Münchener Stadtrat in der Ordnung, sich über die Teuerung zu unterhalten. Bürgermeister Scharnagl lehnte in der Aussprache einen Zusammenhang der Verteuerung mit dem Fremdenverkehr ab; die Preisbildung würde sich nach der allgemeinen wirtschaftlichen Lage richten. Der zuständige Referent befürwortete den Antrag, bei der Regierung vorstellig zu werden, um ihr Gelegenheit zu geben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es sei falsch, den Fremden die Teuerung in die Schuhe zu schieben, sie sei keine örtliche Erscheinung, sondern beherrsche das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet, kehre alljährlich um diesen Zeitpunkt wieder und werden heuer durch unsere politische Lage verschärft. Behördlicherseits könne nur gegen Preistreibereien eingeschritten werden. Über das starke Anziehen der Preise im Mai sei bereits eine Untersuchung angestellt und ein Verfahren gegen Beinen Prager namens Brand eingeleitet.

Stadtrat Weiß (Dem.) meint, daß das Radio auf die Preisbildung ungünstig wirke, da es den Bauern dadurch möglich ist, sich immer gleich den neuesten Preisen anzupassen. Auch sei eine Mahnung an die Hoteliers wegen zu hoher Preisbildung am Platze. — Hierauf wurde ein Antrag, bei den Behörden wegen der Preissteigerungen vorstellig zu werden, einstimmig angenommen, ein Antrag, besondere Maßnahmen vorzuschlagen, abgelehnt.

Daß bei der durch den Stadtrat veranlaßten „Stellungnahme der Regierung" nichts herauskommen wird, wissen wir im vorhinein. Wenn der Herr Bürgermeister Scharnagl jede Beziehung zwischen Fremdenverkehr und Preisbildung in Abrede stellt, so ist das entweder sehr kurzsichtig oder aber unaufrichtig. Denn es ist eine alte wirtschaftliche Binsenweisheit, daß Angebot und Nachfrage die Preise regeln. Und daß ein lebhafter Fremdenverkehr die Nachfrage steigert und er ja gerade deswegen kultiviert wird, ist ebenso unbestritten. Eine Regierung aber, die sogar dem Fremdenverkehr zuliebe politische Bewegungen unterdrückt, und deren Chef namens Dr. Held sich ausschließlich nur mehr als Festredner im Fremdenverkehrsgeschäft betätigt, wird dafür ebenso wenig Verständnis haben, wie der Herr Scharnagl.

Die Parteispezeln Dr. Held und Scharnagl reichen sich also hier wieder einmal die Hände und arbeiten einträchtig zusammen. Ein beschränkter Kreis ist Nutznießer dieses schwizzerischen Betriebes, während die große Masse des Volkes die Zeche zu zahlen hat. Das paßt recht gut zu dem „sozialen" Geist, der den Bayer.-Volkspartei-Parlamentariern in ihren gesalbten Reden von den Lippen rinnt. K.

Der Bayerische Gewerbebund veranstaltet vom 27. bis 29. Juni in Hof seinen diesjährigen Bayerischen Gewerbetag. Nach einer Sitzung der Gesamtvorstandschaft und des Kartells der Landesfachverbände Bayerns findet am Samstag, den 27. Juni, die Delegiertenversammlung des Bayerischen Gewerbebundes statt, in der neben dem geschäftlichen Teil folgende Referate vorgesehen sind: 1. Organisationsfragen im Handwerk und das neue Handwerkergesetz; 2. Neuorganisation des Bayerischen Gewerbebundes; 3. Handwerkerfragen im Bayerischen Landtag; 4. die Errichtung von Schiedsgerichten; 5. die Fürsorgeeinrichtungen des Bayerischen Gewerbebundes. — Am 28. Juni findet der 41. Allgemeine Gewerbebundestag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die wirtschaftliche Lage des Handwerks und Gewerbes und die neuen Steuerentwürfe; 2. die freie berufsständische Organisation in der kommenden Reichshandwerksordnung; 3. die Sorge um den gewerblichen Nachwuchs. In Anbetracht der Wichtigkeit der Beratungsgegenstände darf mit einer starken Beschickung der Veranstaltungen seitens der gewerblichen Korporationen gerechnet werden.

Bügel- und Einkoch-Kurse. Die Zentrale für hauswirtschaftliche Frauenbildung und Beratung hält noch vor den Ferien einen Abendbügelkurs für berufstätige Frauen und Mädchen ab. Beginn des Kurses Mitte Juli. Dauer desselben 8 Abende. Ebenso beginnt am 20. Juli ein Einkoch-Kurs. Dauer 2 Nachmittage. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der Zentrale, Alte Polizei, Weinstraße Nr. 13, Zimmer 48, Erdgeschoß, täglich von 9—5 Uhr, Samstags von 9—1 Uhr entgegen.

Eine reitsportliche Anlage im Englischen Garten? Der Universitätstattersall soll die Absicht haben, im Englischen Garten reitsportliche Anlagen zu errichten. In der Stadtratssitzung wurde einheitlich bekundet, daß der Englische Garten unbedingt zu erhalten ist, und einstimmig beschlossen, gegen eine Bebauung heute schon Verwahrung einzulegen und alles aufzubieten, um dieses Vorhaben zu vereiteln.

Bund Deutscher Zivilingenieure. Der Bund, der vor einiger Zeit eine Landesgruppe Südbayern ins Leben rief, hält vom 19.—22. Juni seine Haupttagung in München ab. Die Tagung wird eingeleitet mit zwei Vorträgen, bei denen auch das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Direktor Hartung, Berlin, über Wirtschaftsfragen mit besonderer Berücksichtigung der Außenpolitik um 6.30 Uhr sprechen wird. Zu diesem Vortrag, der im Hofbräuhaus (Saal 3) stattfindet, sind u. a. eingeladen: der Bayer. Bezirksverein des V.D.I., der Elektrotechnische Verein, der Polytechnische Verein und der Bund beratender Ingenieure. Samstag ist nach den Sitzungen Festbankett im Bayerischen Hof, woran sich dann am Sonntag ein Ausflug nach Kochel anschließt. Die folgenden Tage sind für Besichtigung des Deutschen Museums und der Deutschen Verkehrs-Ausstellung vorgesehen. (Auskünfte: Telephon 24 6 56 und 60 200).

Sommersonderzüge. Zur Erleichterung von Erholungs- und Ferienreisen werden auch von Bayern aus Sommersonderzüge gefahren. Die Sommersonderzüge werden schnellzugmäßig durchgeführt. Zur Benützung der Züge werden Rückfahrkarten mit einer Fahrpreisermäßigung von 33⅓% ausgegeben. Die Karten gelten zwei Monate und berechtigen zur Hinfahrt nur mit dem Sonderzug, zur Rückfahrt mit allen fahrplanmäßigen Zügen; in Schnellzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen (3. Zone 2. Kl. 3 Reichsmark, 3. Kl. 1.50 Reichsmark). Für das rechtsrheinische Bayern sind folgende Züge vorgesehen: München—Hamburg am 16./17. und 20./21. Juli mit 2. und 3. Klasse; München—Bremen am 15./16. und 20./21. Juli mit 2. und 3. Klasse; München—Berlin am 16./17. Juli und 5. August mit 2. und 3. Klasse; München—Dresden—Breslau am 12./13. August mit 2. und 3. Klasse; München—Kaiserslautern am 12./13. Juli und 2./3. August mit 3. Klasse; München—Nürnberg—Lindau am 16. Juli und 6. August mit 3. Kl.; (Dresden)—Lichtenfels—Friedrichshafen am 11./12. Juli mit 2. und 3. Klasse; (Stuttgart)—Würzburg—Berlin am 25./26. Juli mit 2. und 3. Kl. Alles Nähere besagen die Anschläge, die auf den größeren Stationen in der nächsten Woche zum Aushang kommen, und die Merkbücher, die auf den Stationen käuflich sind.

Lustspielhaus. Heute findet die Erstaufführung der Operette „Die Geliebte Seiner Hoheit", (Gastspiel Kochanne vom Theater a. d. Wien), statt.

Wetterbericht vom 19. Juni: Weiterhin kühle Luftanfuhr; Strichregen.

Drum solang es geht — deutsch, deutsch geredet, geschrieben und gedruckt.

Frau Rat Goethe an ihren Sohn.

Amundsens Flugbeschreibung

Amundsen läßt erklären:

Nach unserem Start am 21. Mai verließen wir mit beiden Flugmaschinen Kingsbay um 5 Uhr nachmittags. Auf dem Wege erprobten wir über der Amsterdaminsel die Festigkeit beider Flugzeuge; die Proben verliefen befriedigend. Daher setzten wir planmäßig unseren Flug fort. Bei Sydgat kamen wir in einen Nebel, über welchen wir hinwegflogen, wobei wir auf 3100 Fuß Höhe emporstiegen, um während der nächsten zwei Stunden mit Hilfe von Sonnenkompassen unseren Weg zu nehmen. Wir flogen nun beständig oberhalb des Nebels, aus dem wir erst um 8 Uhr abends herauskamen. Während des übrigen Teils der Flugreise war die Sichtigkeit ausgezeichnet. Um 10 Uhr abends ergaben unsere Beobachtungen, daß wir übermäßig stark westlichen Kurs genommen hatten. Wir nahmen nun Kurs mehr nach Osten, bis wir um 1 Uhr früh am 22. Mai feststellten, daß wir die Hälfte unseres Benzinvorrats verbraucht hatten. Daher entschlossen wir uns, den Versuch zur Landung zu machen, um endgültig unsere Lage festzustellen und die Aussichten für den Weiterflug zu klären. Wir befanden uns gerade oberhalb einer großen Wasserrinne innerhalb des Eises, der ersten dieser Größe, welcher wir begegneten. Wir ließen uns aufs Wasser herab.

Unsere Befürchtungen wegen der Landung erwiesen sich als nicht unbegründet. Unmittelbar nach der Landung wurde Ellsworths Flugzeug zwischen den Eismassen eingeschlossen, und während wir versuchten, den Apparat freizubekommen, fror die Eisrinne vollständig zu; ebenso erging es meinem Flugzeug. Unsere Beobachtungen stellten nun unsere Position fest mit 87,44 Grad nördlicher Breite und 10 Grad 20 Min. westlicher Länge, so daß die Entfernung, die wir während unseres Achtstundenfluges zurückgelegt hatten, genau tausend Kilometer betrug. Wir nahmen zwei Lotungen vor, die ergaben, daß das Meer unter dem Eis eine Tiefe von 3550 Meter hatte. In den folgenden Tagen studierten wir die Einzelheiten der Strömung, beobachteten die magnetischen Abweichungen und stellten meteorologische Beobachtungen an. Während unseres Fluges hatten wir nach Norden ein Gebiet von 100 000 Quadratkilometern überschauen können, das sich bis ungefähr 88,5 Grad nördlicher Breite erstreckte, ohne daß auch nur das geringste Anzeichen für Land vorgelegen hätte. In Anbetracht der durch unsere Lotungen festgestellten Tiefe halten wir es also für höchst unwahrscheinlich, daß auf dieser, der europäischen Seite des arktischen Meeres, auch weiter nördlich Land sich befindet.

Der Streit um die Seekarte des Kolumbus

Christoph Kolumbus wurde zu seiner Seefahrt nach Westen, die 1492 zur Entdeckung Amerikas führte, hauptsächlich durch einen Brief des italienischen Arztes Paul Toscanelli angeregt[1]. Diesem Briefe war eine von Toscanelli selbst entworfene Seekarte beigefügt, die den westlichen Weg von Europa zu den asiatischen Gewürzinseln zeigte, freilich in noch gänzlich unrichtiger Weise, wie es ja auch nicht anders sein konnte. Für seine Fahrt hat Kolumbus wohl Seekarten benutzt, die er von seinem Schwiegervater Don-Muniz-Perestrello, der Gouverneur der Insel Porto-Santo gewesen war, erhalten hatte, vermutlich auch eine Karte, die er dem spanischen Königspaar hatte vorlegen lassen, um es zu einer Unterstützung einer geplanten Asienfahrt in westlicher Richtung zu bestimmen. In seinem Tagebuch, das er von seiner Reise als Bericht an das spanische Herrscherpaar sandte, spricht Kolumbus ferner davon, daß er mit der Anfertigung einer neuen Seekarte nach seinen unterwegs gemachten Beobachtungen beschäftigt sei. Alle diese Karten des Kolumbus nun sind verloren gegangen und nicht auf uns überkommen. Vor kurzem behauptete nun aber der französische Marinehistoriker und Verfasser einer großangelegten „Geschichte der französischen Marine", Karl de La Roncière, er habe in der Pariser Nationalbibliothek die Karte gefunden, die Kolumbus für das spanische Königspaar anfertigte oder anfertigen ließ. De La Roncière hat seine vermeintliche Entdeckung in einem Buche „La carte de Christophe Colomb", Paris 1924, veröffentlicht, und die von ihm aufgefundene Karte sowie weitere aus der Zeit des Kolumbus darin abgebildet.

Das Buch de La Roncière's hat begreiflicherweise einiges Aufsehen erregt, aber auch die Kritik auf den Plan gerufen. So hat der Italiener Camillus Manfroni im Märzheft der italienischen Monatsschrift „Rivista marittima" mit großem Scharfsinn nachgewiesen, daß die von dem Franzosen aufgefundene Seekarte unmöglich diejenige des Kolumbus sein kann. Diese Karte enthält nur die bis dahin bekannte Alte Welt und westlich von ihr einige Inselgruppen, woraus de La Roncière schließen wollte, daß Kolumbus gar nicht die Absicht hatte, nach Asien zu fahren, sondern daß es ihm nur auf die Entdeckung einiger Inseln ankam.

Manfroni weist aber glaubwürdig nach, daß mit dieser Schlußfolgerung die französische Kolumbusforschung ihren bisherigen Irrtümern nur einen neuen beigefügt hat, und daß die italienische Wissenschaft sich auf diesem Gebiete als die zuverlässigere zeigt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Kolumbus auf der dem spanischen Königspaar vorgelegten Karte keine genauen Angaben über die Lage Asiens habe machen können, daß diese Karte vielmehr derjenigen ähnlich gewesen sein müsse, die der italienische Arzt Toscanelli 1474 dem König von Portugal sandte und von der er später an Kolumbus selbst eine Nachbildung schickte mit dem Briefe, der Kolumbus zur Ausführung seiner Reise veranlaßte. Aus der falschen Einzeichnung italienischer, spanischer und portugiesischer Orte schließt Manfroni, daß die von de La Roncière entdeckte Karte nicht von dem vortrefflich über diese Länder unterrichteten Kolumbus stammen kann. Auch dürfte der sich auf der Karte befindende Text schwerlich von einem Italiener verfaßt sein. Manfroni vermutet, daß die Karte der Pariser Nationalbibliothek von einem Franzosen unter Zugrundelegung des sehr ungenauen geographischen Werkes des Franzosen Peter d'Ailly „Imago Mundi", das 1483 gedruckt erschien, angefertigt worden ist und zwar nach dem Jahre 1488, da auf ihr das Cap der Guten Hoffnung schon verzeichnet ist, aber noch vor der Indienfahrt Vasco da Gamas, da alle Angaben über Ostasien völlig falsch sind und höchstens auf den Berichten Marco Polos aus dem 13. Jahrhundert beruhen können. So verwirft denn Manfroni das Buch de La Roncière's über die Seekarte und das Weltbild des Kolumbus vollständig und lehnt die bisherigen Ergebnisse der gesamten französischen Kolumbusforschung ab. Uns Deutschen aber zeigt dieser Fall wieder einmal, wie leichtfertig vielfach im Ausland mit der Wissenschaft umgangen wird. Zu der bald als „Irrtum" entlarvten Auffindung von vielen Liviuskapiteln durch den italienischen Professor de Martini und den als bewußte Fälschung erwiesenen Reisen des polnischen Professors Ossendowski in Ostasien kommt nun die haltlose Auffindung der Seekarte des Kolumbus durch den Franzosen de La Roncière hinzu, die auf ganz willkürlichen Annahmen und tendenziös zurechtgestutzten Beweisen beruht, der französischen Wissenschaft aber, zu deren Ehre sie unternommen wurde, ebensowenig zur Ehre gereicht, wie so manch andere „Beweisführung" der angeblichen „Kulturnation". Dr.

[1] Das ausgezeichnete Werk „Die großen Kapitäne", von A. v. Czibulka, München, Drei-Masken-Verlag 1923.

Zeitschriftenschau

Es ist erfreulich, daß wir in der völkischen Bewegung bereits auch über eine Reihe von guten, ja ausgezeichneten Zeitschriften verfügen. Diese sind unbedingt notwendig zur Vertiefung und Verinnerlichung unserer Bewegung, man kann in ihnen alle wichtigen Fragen, die weit über den Tag hinausgreifen, ausführlich und gründlich behandeln, was natürlich der Tagespresse nicht möglich ist.

Da nennen wir zunächst die bereits im neunten Jahrgang stehende Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung", J. F. Lehmanns Verlag, München, Schriftleiter W. v. Müffling. Vor uns liegen das Mai- und Juniheft, in denen wir eine Reihe von bedeutenden Aufsätzen politischer und wirtschaftlicher Natur finden. So behandelt Lutz Korodi, Staatssekretär a. D., das Problem „Deutschland und der europäische Südosten", G. H. Hartmann „Das Randstaatenproblem", Professor Walter Stahlberg widmet dem der völkischen Bewegung sehr nahestehenden bedeutenden Historiker Dietrich Schäfer zu dessen 80. Geburtstag einen Gedenkaufsatz. Hans Rösselmann erinnert uns in einem Artikel „Die elsaß-lothringische Frage" daran, daß wir dieses urdeutsche Land, das uns der französische Räuber entrissen hat, wieder zurückgewinnen müssen.

Alfred Rosenbergs Halbmonatsschrift „Der Weltkampf", Deutscher Volksverlag, Dr. E. Boepple, München, hat den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß darin die Judenfrage auf das gründlichste behandelt und beleuchtet wird. „Der Weltkampf" zeigt uns auf das Schlagendste, daß wir heute dem ganzen weltpolitischen Getriebe vollkommen verständnislos gegenüberstehen müssen, wenn wir nicht die anonyme Macht erkennen, die das ganze Weltgeschehen dirigiert: Das Judentum. So finden wir in der ersten Juniausgabe die Fortsetzung der vortrefflichen Aufsätze von Dr. Hermann Seeliger „Musik und Judentum". Darin zeigt der Verfasser, mit welchem Haß das Judentum Richard Wagner bis übers das Grab hinaus verfolgt, wie es überhaupt gegen die ganze echte deutsche Musik wühlt und dabei bestrebt ist, die bis zum Brechreiz ekelhafte moderne Judenmusik zu propagieren. Sehr interessant ist das amtliche Dokument aus der Zeit des Weltkrieges, das ein scharfes Schlaglicht auf die Judenfrage in Rumänien wirft und woraus wir wieder einmal erkennen können, wie sehr es zu dem Hasse anderer Völker gegen uns beigetragen hat, daß wir uns überall mit den Juden so intim eingelassen haben. „Jüdische Schmutzschriftstellerei in Frankreich", „Alljüdische Weltkongresse", „Weltpolitische Rundschau" aus der Feder des Herausgebers usw. vervollständigen den Inhalt dieses Heftes, das wir unseren Parteigenossen wieder dringend empfehlen können.

Endlich die bereits im 24. Jahrgang stehende Zeitschrift für nationales Leben „Hammer", von dem alten, hochverdienten Vorkämpfer des Antisemitismus Th. Fritsch, Leipzig, herausgegeben. Kürzlich kam die Nummer 550 heraus, deren Leitaufsatz die Frage behandelt, warum der Weltkrieg und die Inflation kommen mußten, von Th. Fritsch selbst verfaßt. Ferner ein Brief über Karl Marx, der viel Neues über diesen jüdischen Arbeiterführer — in Wirklichkeit hieß er Mardochai — bringt. J. St.—g.

Gärtnerplatztheater. Den Spielplan der nächsten Woche beherrscht täglich die Novität „Anneliese von Dessau". — Sonntag, 28. Juni, kommt nachmittags „Das Musikantenmädel" zur Aufführung, und Montag, 29. Juni (Peter und Paul) wird nachm. „Das Dreimäderlhaus" gegeben. — An beiden Abenden kommt „Anneliese von Dessau" zur Wiederholung.

Ein wiederauftauchendes Dorf. Ein kleines Pompeii der Alpen ist zur großen Überraschung aller Einwohner an der schweizerisch-italienischen Grenze oberhalb von Domodossola entdeckt worden. Es handelt sich um ein vor fast 300 Jahren untergegangenes Dorf. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde eines Sonntags nachts das Dorf Antrona Piana durch einen gewaltigen Erdrutsch verschüttet. Die 42 Häuser des Dorfes verschwanden, und von den 250 Bewohnern, die alle im festen Schlaf lagen, entging nicht ein einziger dem Erdrutsch, den eine Überschwemmung begleitete, durch die der jetzige Antrona-See entstand. Allmählich hat sich nun der Spiegel dieses Sees gesenkt, und plötzlich erschienen die Dächer der Häuser des begrabenen Dorfes über dem Wasser. Man hofft, daß allmählich das ganze Dorf wieder auftauchen wird und daß hier interessante Reste der Vergangenheit gefunden werden.

Aus der Bewegung

Warum ich nicht mehr immun bin

(Oeffentliche Versammlung d. N.S.D.A.P. im Hackerkeller am 18. Juni)

Julius Streicher erschien ¾9 Uhr, lebhaft begrüßt von einer zahlreichen Menge. Aus seinen Ausführungen heben wir folgendes hervor:

Die Immunität ist ein Werkzeug des Judentums, um damit im Parlament zu herrschen. Bisher sei noch nie die Immunität eines Abgeordneten aufgehoben worden. Warum habe man nun mit ihm eine Ausnahme gemacht? Streicher behandelt dazu die Vorgänge im Ausschuß und im Plenum. Der sogenannte „völkische" Abgeordnete Doerfler behauptete, auf „Grund der Sachlage" könne die Immunität Streichers nicht aufrecht erhalten werden, da er sein Mandat zu Verleumdungen mißbraucht hätte. Streicher bezeichnet diese Äußerung auf „Grund der Sachlage" als Lüge, denn er habe den Kampf gegen das System, nicht gegen die Person Luppes schon im Jahre 1923 begonnen, als an ein Mandat noch gar nicht zu denken war. Wenn Doerfler weiter von ihm den Mut verlange, sich selbst zu stellen, so habe D. im Falle Brügel das selbst nicht getan. Wer noch nicht Proben seines persönlichen Mutes abgelegt habe, hat nicht das Recht, anderen Feigheit vorzuwerfen. Mit Empörung wurde die Mitteilung aufgenommen, daß D. die Immunität Streichers überhaupt aufzuheben beantragt habe und so eine Ausnahme zu machen, was selbst der Sozialdemokrat (Staatsanwalt!) Högner als zu weitgehend zurückwies. Auch bei dem Verfahren in der Stadtratssache habe Doerfler mit den Gegnern gestimmt, obgleich hier noch keine gerichtliche Entscheidung gefallen sei. Dagegen hätten dieselben „völkischen" Abgeordneten für die Immunität des deutschnationalen Abgeordneten Treuberg und des Kommunisten Baumgärtner gestimmt, die sonst wegen schwerer Beleidigung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden wären. Diese Haltung ist als Verrat zu bezeichnen.

Seine Meinung sei, daß die Abgeordneten tatsächlich kein Vorrecht haben sollten, dann müßte die Immunität aller aufgehoben werden, was natürlich keinen Anklang fand. Er werde den Kampf weiterführen. Str. teilte weiter mit, daß „völkische" Abgeordnete die Absicht hätten, ihn ins Irrenhaus zu bringen. Es sei die alte Gewohnheit Judas, ihm gefährliche Gegner als Narren hinzustellen. Str. machte die aufsehenerregende Mitteilung, daß der Vater eines „völkischen" Landtagsabgeordneten ausgerechnet sich zu solchen Diensten hergebe, und zwar als Herausgeber eines jüdischen Blattes. Indem die „Völkischen" mit den Juden dafür stimmten, seien sie nichts Besseres als „Werkzeuge" der Juden. Es sei traurig, daß man diesen Kampf führen müsse, der nun ein Jahr dauert. Die Bewegung ist nicht gebrochen, sie geht der endgültigen Genesung entgegen. — Zum Schluß streifte Str. noch kurz den Erfolg von Plauen, der dem Führer und der Bewegung neue Kraft gebe, sodann die Ereignisse in China; dort sei (Sowjet-)Juda am Werke und bereite den Kampf vor, der in Deutschland ausgefochten werde. Die „gelbe Gefahr" drohe ernstlich, heraufbeschworen durch Juda. Diese Gefahr werde von den wenigsten erkannt. Mit der Mahnung „Volk steh' auf und befrei' dich!" schloß Str. seine Ausführungen. Trotzdem Str. die Diskussion frei gab, meldete sich niemand zum Wort. Der Versammlungsleiter Pg. Wolteret verlas einen von mehreren rheinpfälzischen Ortsgruppen unterzeichneten Brief, in dem der N.S.D.A.P. und Jul. Streicher Treue gelobt wurde und zugleich die Empörung über die Vorgänge im Landtag zum Ausdruck kam. Das Hitlerlied beschloß den Abend, der wieder ein voller Erfolg für uns war. ch.

Tuchhandlung
Gottfr. Kramer
Sonnenstr. 27/I. Stck.
gegenüber der protestantischen Kirche neben Café Orient
Weit unter Preis
Damen-Mouline u. Covercoats
M. 7⁵⁰
früher M. 11.80

Die gefährdete Staatsautorität und ihre heldenhafte Rettung

Die hohe Polizei hatte wieder ihre Spitzel geschickt, um stenographische Berichte zu erhalten, allerdings mit dem Unterschied, daß sie es diesmal vorzogen, dem Pressetisch fernzubleiben und an einem verborgenen Plätzchen ihre segensreiche Tätigkeit auszuüben. Als Streicher während seiner Rede davon erfuhr, erklärte er, extra langsamer zu reden, damit die Herren besser mitschreiben könnten. Daß sie im Auftrage eines anderen handelten, dafür könnten sie schließlich nichts. Er forderte sie auf, auch in diesem Falle sich als echte deutsche Männer zu zeigen und nur das aufzuschreiben, was er sage, nicht mehr. Als einige Mitglieder gegen die Spitzel vorgehen wollten, verbat sich Streicher das sehr energisch. Wer sie anrühre, sei kein echter Nationalsozialist. Er erwarte von jedermann Disziplin. — So spricht der Mann, den Herr Minister Stützel mit Spitzeln bewachen zu müssen glaubt, der anscheinend die Staatsautorität gefährdet. Wer sich aber gerne unsterblich blamieren will, auch als Staatsminister, der soll's tun; wir wollen ihm dabei nicht hinderlich im Wege stehen. Wir erlauben uns nur, einige kleinere Anfragen an den Herrn Polizeiminister zu richten: Haben Sie auch dafür gesorgt, daß die Rede des Herrn Ballerstedt am Dienstag im „Kreuzbräu" stenographisch aufgenommen wurde? Ist Ihnen zu Ohren gekommen, daß Ihrem Kollegen Dr. v. Meinel ehrenrühriges Verhalten vorgeworfen wurde? Glauben Sie vielleicht, daß solcher Vorwurf die Staatsautorität nicht gefährdet? Sie haben nun das Wort!! ch.

*

Sektion Innere Stadt: Am Montag, den 22. Juni im „Kreuzbräu", spricht in der Sekt. Innere Stadt, Pg. Dipl.-Ing. Bauler über „Frankreichs politische Lage". Der Referent war eben mehrere Monate in Frankreich.

Sektion Westend. Der Vorstandschaft ist es gelungen die Genehmigung zur Besichtigung der Anlagen der „Mittleren Isar" zu erhalten, wozu ebenfalls sämtliche Parteigenossen herzlichst eingeladen sind. Die Besichtigung findet statt am **Sonntag, den 21. Juni 1925.** — Sammeln 8 Uhr vormittags an der Bogenhausener Brücke (Ostufer); Abfahrt: 8.30 Uhr vormittags mit der Kleinbahn.

Für die Teilnahme ist pro Person einschließlich Fahrtpreis der geringe Betrag von 1.20 M. zu entrichten, so daß unseren Mitgliedern sowie deren Angehörigen für geringes Geld die Möglichkeit geboten ist, die für unsere bayerische und deutsche Volkswirtschaft äußerst wichtigen Anlagen kennen zu lernen. Anmeldungen und Anfragen sind bis spätestens Mittwoch, den 17. Juni beim Sektionsabend im Hackerkeller an Parteigenossen Gg. Seidenschwang oder an dessen Privatadresse Riblerstr. 34, 1. Stock links, zu richten. — Es empfiehlt sich infolge der großen Nachfrage, sich rechtzeitig mit Teilnehmerkarten zu versorgen.

Die Mitnahme von Kindern unter 12 Jahren kann nicht gestattet werden.

Turnen und Sport

Der völkische Turnverein München, e. V., im deutschen Turnerbund 1919, brennt am 20. Juni, abends 9.30 Uhr, sein Sonnwendfeuer in Großdingharting ab. Diese Sonnwendfeier ist zugleich verbunden mit einer Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reiche. Treffpunkt der bereits nachmittags abkömmlichen Mitglieder punkt 3 Uhr nachmittags an der Trambahnhaltestelle Ostfriedhof. Abends nachkommende Mitglieder treffen sich pünktlich 7 Uhr an der Trambahnhaltestelle in Grünwald. Großdingharting ist von Grünwald aus in etwa 5 Viertelstunden zu erreichen. Bei schlechter Witterung findet die Feier im Turnerheim, Gaststätte Hofküchengarten, Ecke Herzog-Rudolph- und Bürkleinstraße, abends 8 Uhr, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrenpflicht. Gäste sind herzlich willkommen.

Weltmeisterschaft im Ringkampf 1925

Kämpfe vom Donnerstag, 18. Juni (35. Abend):

I. Grenna — Deglane. Dieser Kampf wurde in der kurzen Zeit von 1 Minute 15 Sek. zugunsten Grennas entschieden durch Untergriff von der Seite. Der große Gewichtsunterschied hat zu dem schnellen Ende entschieden beigetragen. Grenna selbst schien seines schnellen Sieges nicht recht froh zu werden. Deglane ließ durch den Schiedsrichter dem deutschen Publikum für seine gute Aufnahme herzlichst danken und versprach, in seiner Heimat dafür Sorge tragen zu wollen, daß deutsche Sportsleute ebensolchen Empfang fänden. Seine Niederlage scheidet ihn aus dieser Konkurrenz. II. Pinetzki — Bartkowiak. Der Kampf, der von P. mit seiner bekannten Roheit und Brutalität geführt wurde, und in dem Bartowiak hervorragende Abwehrarbeit leistete, wurde zugunsten P. nach 23 Min. 32 Sek. durch Unterdrehgriff entschieden. Bartkowiak empfing rauschenden Applaus, der seiner technisch glänzenden Abwehrarbeit galt. III. Ein im Können absolut gleichwertiges Paar stand sich in Wolke — Kunst gegenüber. Die wundervolle Bodenarbeit der beiden in bester Form befindlichen Kämpfer war ein sportlicher Genuß, und es war erfreulich zu sehen, daß beide von dem Wunsch beseelt waren, einen absolut einwandfreien Kampf zu liefern, der nach 35 Min. unentschieden abgebrochen werden mußte. Auf den Endkampf zwischen diesen beiden darf man mit Recht gespannt sein. IV. Kornatz — Anglio. Dieses Treffen brachte zwei Senioren der Matte zusammen. Kornatz schien noch gut in Erinnerung zu haben, daß er bei Anglio nicht seine sonst gebräuchlichen Grobheiten anwenden darf. Wenigstens hielt er sich in den ersten Gängen auffallend in Grenzen. Der Kampf wurde zu seinen Gunsten durch Doppelarmzug in der Zeit von 1 Stunde 6 Min. 50 Sek. entschieden. In den letzten Gängen hatte allerdings der Schiedsrichter öfter Grund, Griffe lösen zu lassen, die Kornatz, seines diesmaligen Sieges sicher, anwandte.

Verlangt in jedem Gasthaus den „Völkischen Beobachter"

Deutsche Frauenehre und jüdische Frechheit

Daß der Jude seine Wirtsvölker bis aufs Hemd ausplündert und auf ihre Kosten herrlich lebt, ist nicht das Schlimmste. Dafür kann er ebensowenig wie die Katze fürs Mausen. Daß er ein hervorragender Finanzmann ist und dadurch die Macht über die ganze Welt besitzt, ist auch nur solange möglich, wie es sich die geknechteten Völker gefallen lassen. Aber vor einem müssen wir ihn von vorneherein unnachsichtig und mit allem Ernste fernhalten, das ist die Ehre unserer Frauen! Es muß endlich einmal in aller Öffentlichkeit herausgesagt werden: Bis hierher und nicht weiter. Jeder einzelne Volksgenosse muß dabei mithelfen. Jeder einzelne Fall, bei dem ein deutsches Mädchen oder eine deutsche Frau von einem Hebräer auch nur belästigt wird, muß gesühnt, der Täter der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Dazu mag uns folgender Fall anspornen:

Vor mehreren Monaten wurde eine ehrbare deutsche Frau und Gattin auf der Straße in Wien von einem Hebräer, Zahnarzt, Dr. med., belästigt. In ihrer berechtigten Abwehr schleudert sie ihm die Worte „jüdische Frechheit" entgegen. Nun hätte man meinen sollen, der dunkle Ehrenmann wäre froh gewesen, daß es mit dieser „beleidigenden" Antwort sein Bewenden gehabt hätte und er nicht weiter zur Verantwortung gezogen wurde. Statt dessen läuft er zum Kadi und beklagt sich über diesen „entehrenden" Ausdruck. Schon die Unverfrorenheit, mit der er die dunkle Sache an die Öffentlichkeit zerrt, rechtfertigt das Vorgehen der Dame. Der Richter fällt selbstverständlich einen Freispruch mit der Begründung, daß der inkriminierte Ausdruck eine berechtigte Kritik für das Vorgehen darstellt. Aber auch damit noch nicht genug, greift ein Volksmann vom besten Schrot und Korn in dem Zionistenblatt „Wiener Morgenzeitung" die Sache auf, schreit Zeter und Mordio über die Urteilsbegründung, als den „unverschämtesten antisemitischen Bubenstreich, der seit langem in einem Gerichtssaale begangen worden sei" ein brutales Attentat gegen die Ehre und Sicherheit der österreichischen Judenschaft. Man faßt sich an den Kopf, hat der Schreiber sich etwa versehen und wollte die Handlungsweise seines Rassegenossen gebührend kennzeichnen? Der Angriff auf eine wehrlose Frau wird mit einigen nichtssagenden Redewendungen abgetan, dagegen füllen drei lange Seiten die Prozeßverhandlung gegen den Verfasser des Artikels in der „W. M. Ztg.". Da jammert der Angeklagte, wie ein „österreichischer Richter durch seinen Urteilsspruch die Juden in blutiger Weise beleidigt hat", man erfährt von der Beleidigung der Volksgemeinschaft, solche Urteilsbegründung muß als frivol und parteiisch bezeichnet werden. Mit Entsetzen wird der gewöhnliche Mitteleuropäer vernehmen, daß man es in der ganzen Welt nicht verstehen wird, wie so etwas in einem Gerichtssaal vorkommen konnte usw." Sehr geschickt operiert dann Angeklagter wie Verteidiger mit der Gegenüberstellung von „jüdische Frechheit" und „christlichem Schwein" oder auch „Saujüden" und „deutschem Volk". Weiß der Jude doch ganz genau, wie manch biederer Zeitungsleser gerade unter uns Deutschen in seinem Gerechtigkeitsgefühl sich dadurch fangen läßt. Darauf kommt es aber in unserem Falle gar nicht an. Denn, wo sind die Fälle, bei denen ein Deutscher oder Christ, ein Mädchen oder gar eine Frau in dieser Weise herausfordert? Ist doch unser deutsches Volk gerade dasjenige, das die Ehre der Frauen hoch und heilig hält, wie es ihm schon der römische Geschichtsschreiber Tacitus nachrühmt. Dem Angeklagten unterläuft dabei ungewollt ein recht passendes Zugeständnis „es ist eine jüdische Eigenschaft (deutsche und christliche) Frauen zu belästigen". Jawohl, es ist dies nicht nur eine Eigenschaft, sondern es liegt da eine gewisse Absicht, ein System darinnen. Sprechen wir es einmal ganz offen aus: der Jude will uns Deutsche nicht nur wirtschaftlich niederringen und politisch knebeln, er will uns nicht nur durch „Kunst", Literatur und „Wissenschaft" verwirren und verderben, sondern er will vor allem auch unsere Rasse untauglich und unschädlich machen; denn er weiß doch aus eigener Erfahrung, wie von der Reinhaltung der Rasse Leben und Gedeihen des Volkes abhängt. Wird nun diesem Treiben nicht bald ein fester Riegel vorgeschoben, dann werden wir das Schicksal Griechenlands und Roms teilen und wird Spengler mit Recht von dem „Untergang" reden können. Darum gewinnt der Prozeß in Wien grundsätzliche Bedeutung! Das weiß der Jude auch sehr genau. Warum schmust er denn in so atemloser Weise 18 lange Spalten von demselben Thema? Es ist dies nichts als ein bewußtes Ablenkungsmanöver, um den Spießer einzuschläfern, worauf schon die Überschrift des Leitartikels hindeutet: „Die Ehre des österreichischen Rechtes". Haben wir so die Tendenz des ganzen Berichtes klargestellt, so dürfte es nicht uninteressant sein, Einzelheiten zu berichten. Die Tatsache, daß die Hälfte der Geschworenen — übrigens Nichtjuden, wie mit einem gewissen Behagen festgestellt wird — für die „beleidigte" Judengemeinschaft eintritt, veranlaßt den Leitartikler zu der Feststellung, daß man auch außerhalb des Judentums Sinn und Verständnis für Ehre und Würde hat (wovon übrigens letzteres recht viel lernen könnte!) Interessant ist auch das Eingeständnis, daß der Ausdruck „jüdische Frechheit" ein Requisit des Tages ist, woran man sich schon gewöhnt hat, ohne zu fragen, wie diese Bezeichnung zu erklären ist, die übrigens die edlen „Glaubensgenossen" bei Streitigkeiten einander an den Kopf werfen. Ein Seitenhieb fällt auch auf „jene Gruppe Menschen, die von der Hochschule her für ehrlos erklären, wer aus einer jüdischen Mutter Schoß stammt, welche die Politik des Numerus clausus und der Arierparagraphen machen und den Geist der österreichischen Bevölkerung vergiften — indem sie Bettauer hinmorden. Wir österreichischen Juden sind treue (!) Bürger dieses Staates und dulden keine Machenschaften, unsere Gleichberechtigung anzutasten". Zum Schluß möchten wir das freisprechende Urteil des Amtsrichters Dr. Neudeck anerkennend hervorheben, der aus seinem deutschen Gefühl heraus, wenn auch vielleicht unbewußt, gesprochen hat. —ch.

Für den Monat Juli

werden die Zeitungsgelder in der Zeit vom 16. bis 23. Juni gegen Aushändigung einer Quittung vom Briefträger eingehoben. Ab 25. ist bei Bestellung am Schalter eine Mehrgebühr von 20 Pf. zu entrichten. Es empfiehlt sich deshalb, die Bestellung für Juli sofort zu machen

Erlebnisse eines türkischen Spions

von R. Efat

Übersetzt, mit einem Vorwort und einer Einleitung versehen von Kamuran Aali Bedr-Chan

Copyright 1925 by Franz Ehers Nachfolger, München

(19. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Ich ging in das Stationszimmer Parsialis. Parsiali heftete beim letzten Wagen an einem Abteil erster Klasse ein Plakat an mit der Aufschrift: „Reserviert — Dienstabteil". Das sagte mir Parsiali und hieß mich dann gleich weggehen und mich in einem Tunnel verstecken, wo auch die Rampe war. Ich machte es so, und als der Zug vorüberfuhr, sprang ich auf, trat in das als Dienstraum ausgegebene Abteil und hatte meine Ruhe. Denn wie ich erfuhr, hatten die Leute des Ansawarr die ganze Stadt und besonders den Bahnhof und den Zug durchsucht. Man hatte sogar einen berühmten Parteigänger des Ansawarr, den Kell Tahir, mit dem Zug mitgeschickt. Während der Fahrt lief er mit seinen Leuten herum, durchstöberte die Abteile und suchte mich unablässig. Das Abteil aber, in dem ich saß, war als Dienstraum ausgegeben und geschlossen, und außerdem stand Parsiali im Durchgang vor dem Fenster.

Bevor der Zug in Susirlik einlief, gingen die Soldaten Ansawarrs fort, und ich hatte, Gott sei Dank, die furchtbare Gefahr überstanden. Ich war damit an der Grenze der Nationalstreitkräfte angelangt und verließ im Bahnhof den Wagen. Mein Hals brannte vor Durst. Ich traf den Leutnant Nashni Bey, dem ich meine Erlebnisse erzählte. Sodann fuhr ich nach Balkesir weiter. Bei meiner Ankunft berief man sofort eine Versammlung ein, wo ich meine Ergebnisse berichtete. Meine Freunde wußten noch nicht, daß ich den amerikanischen Vertreter gespielt hatte. In der Zeitung „Nach Smyrna" konnte man sogar einen Artikel lesen, der begann: „Wir sind dem amerikanischen Vertreter, der der Türkei solche Liebenswürdigkeiten erwies, ewig dankbar." In dieser Weise war der Artikel bis zum Ende abgefaßt.

Neue Pflichten in Bandirma.

Tage, Wochen, Monate rannen dahin. Unsere Hauptbeschäftigung war, die Leute des Ansawarr in den Bergen zu verfolgen und das Volk vor den Banden des Kalifen zu schützen. In dieser Zeit lief die Nachricht ein, daß die Engländer nach Bandirma gekommen seien, und diese Meldung wurde nachher bestätigt. Für mich kam wieder eine Fahrt dorthin in Frage. Warum sind die Engländer hier? Wie lange wollen sie bleiben? Das sollte ich erkunden.

Ich wechselte wie gewöhnlich mein Aussehen und wurde dieses Mal ein armenischer Proviantändler. Wenn die Engländer irgendwohingingen, dann konnte man ganz sicher aus einem Kaufvertrag schließen, wie lange sie zu bleiben gedächten. Ich gab mir also den Anschein eines Fleisch-Aufkäufers und machte mit dem englischen Offizier Bekanntschaft. Er verlangte von mir Nachrichten über die Nationalstreitkräfte. Ich übertrieb deren Stärke gewaltig und berichtigte nur in solcher Aufschneiderei. Zuweilen gingen wir in die Umgebung von Bandirma. Da zeigte ich ihm oft die Gipfel der Berge rechts und links und sagte dann: „Hinter diesen steckt alles voll Nationalstreitkräften"; fügte auch hinzu, daß sie über ungeheure Mengen Munition, Gewehre und Kanonen verfügten. Zum Schluß wurden wir ganz gut Freund miteinander. Er bekannte mir dann einmal, daß sie nur für kurze Zeit hierhergekommen seien, um aus der Nähe die Tätigkeit der Nationalstreitkräfte zu beobachten und auszukundschaften.

Ich hatte dem Offizier die Gefahr der Nationalstreitkräfte so übertrieben, daß er seinen Truppen verbot, sich weiter als eine Viertelstunde von der Stadt zu entfernen.

Meine Pflicht hatte ich auch hier wieder glücklich erfüllt und die Nachrichten, die ich von dem englischen Offizier erhielt, durch Mehmed Bey, dem Korrespondenzposten der Nationalstreitkräfte in Bandirma, nach Balkesir weitergegeben. Jetzt gab es hier für mich keine Beschäftigung mehr, weshalb ich wieder zurückkehrte.

Ruhige Tage in Balkesir.

Auf der einen Seite setzten wir den Kampf gegen den Verräter und grausamen Feind immer fort, andrerseits aber bekamen wir in Balkesir Tage, die man leicht ruhig nennen konnte, und an denen ich alsdann meine Vorübungen fortsetzte. Unser Herz freilich war stets über die Zukunft bekümmert. Was wird aus uns werden? Wird unser armes Vaterland frei werden? so fragten wir uns alle Tage voll Sorge und Traurigkeit. Dennoch gingen unser Glauben und unsere Tatkraft nie verloren, wenn auch unser Herz blutete, wenn wir die liebe Heimat unter den schmutzigen Füßen verräterischer und fremder Leute zertreten sahen. Mit solchen Reden füllten wir die leere Zeit aus. Zuweilen jedoch vertrieben wir sie auch mit lustigeren Unterhaltungen und Witzen.

Ich vergesse nie, wie ich eines Tages mit Netschati Bey und dem Bruder des jetzigen Kriegsministers Hadschi Bey einen Spaziergang zum Bahnhof machte. Wir redeten dies und das und kamen auch auf die Fingerfertigkeit zu sprechen, von der ich den Herren erzählte, was ich in Frankreich mitangesehen hatte. Ich schilderte ihnen, wie man dort jemand die Taschen ausräumte, ohne daß es der Betreffende merkte. Damals hatte ich auch manche Geheimnisse dieser „edlen" Kunst erlernt. Hadschi Bey bemerkte dazu, daß es bei ihm nie vorkommen könne, daß ihm jemand unbemerkt etwas nehme. Nach einiger Zeit ergriff ich nun selbst die Gelegenheit, nahm die Geldtasche des Hadschi Bey zu mir und zeigte sie dem Netschati Bey, mit den Worten: „Sehn Sie! Jetzt hat der dran glauben müssen, der es nicht glauben wollte." In der Geldtasche befand sich eine große Summe.

Gegen Abend zeigte Hadschi Bey große Aufregung. Mit bleichen Lippen sagte er zu uns: „Bei Gott, ich habe meine Brieftasche verloren. Das Geld, das darin war, war mir zur Aufbewahrung übergeben worden." Ich gab sie ihm zurück, und wir haben alle sehr gelacht.

Fortsetzung folgt.

Was Freiheit in praktischer Beziehung sei, verstehen wir gar wohl, in theoretischer Absicht aber, was ihre Natur betrifft, können wir ohne Widerspruch nicht einmal daran denken, sie verstehen zu wollen.

Kant.

Handel und Volkswirtschaft

Um die Aufwertung

Im Aufwertungsausschuß des Reichstags wurde der § 11 des Aufwertungsgesetzes behandelt, der die Fälle bestimmt, in denen eine Aufwertung auch dann stattfinden soll, wenn der Gläubiger sich bei der Annahme der Leistungen seine Rechte nicht vorbehalten hat. Nach der Fassung der Reichsregierung sollten eine Aufwertung in Höhe der Hälfte des im Gesetze vorgesehenen Aufwertungsbetrages dann stattfinden, wenn der Gläubiger die Leistungen nach dem 15. Dezember 1922 angenommen hat. Auch dann wenn der Gläubiger sich bei der Annahme der Leistungen seine Rechte nicht vorbehalten hatte, sollte diese Art Aufwertung stattfinden. Die Fassung des Reichsrates verlangte eine Aufwertung für diesen Fall in voller Höhe, nach den Vorschriften des Gesetzes. Das Kompromiß dehnte die Rückwirkung bis zum 15. Juni 1922 aus.

In der Aussprache verlangt der Abg. Dr. Best Ausdehnung der Rückwirkung bis zum 1. Juli 1921 und Streichung der Härteformel. Diese Härteformel will auf die wirtschaftliche Lage der Schuldner Rücksicht nehmen; insbesondere erklärt sie es für unbillig, demjenigen Schuldner eine Aufwertung einer nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen erloschenen Forderung zuzumuten, der trotz Abstoßung der Hypothek an seinem übrigen Vermögen allgemein Einbußen erlitten und aus der Inflation nur einen Bruchteil seines Vermögens gerettet hat, während der Gläubiger sich vielleicht, trotzdem ihm die Hypothek in entwertetem Gelde zurückgezahlt worden ist, in keiner schlechten Vermögenslage befindet. Die Regierungsparteien wandten sich gegen den Antrag des Abg. Best; sie wünschten im Gegenteil eine Erweiterung der Härteformel. Auch verlangten sie, daß die Rückwirkung auch in solchen Fällen stattfinden soll, in denen nach dem 15. Juni 1922 die Hypothek zediert worden sei. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Warenmarkt

Berliner Produktenmarkt

18. Juni 1925

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

Weizen:

Märkischer	266—269	Schlesischer	—
Pommerscher	—	Mecklenburg.	—

Roggen:

Märkischer	211—215	Mecklenburg.	—
Pommerscher	—	Westpreußisch.	—
Schlesischer	—		

Gerste:

Sommergerste	236—240	Wintergerste	200—215

Hafer:

Märkischer	232—240	Schlesischer	—
Pommerscher	—	Mecklenburger	—
Westpreußischer	—		

Mais:

La Plata, ohne Provenienzang., loco Berlin	207—211	La Plata, waggonweise Hamburg	—

Weizenmehl	33.75—36¼
Roggenmehl	29.25—30.5
Weizenkleie	13.4—13.5
Roggenkleie	14—14.2
Raps	360—370
Leinsaat	—

Viktoriaerbsen	26—29	Serradella	—
Kleine Speiseerbsen	24.5—26	Rapskuchen	15.6—15.8
Futtererbsen	21—24	Leinkuchen	22.4—22.8
Peluschken	21—23	Trockenschnitzel prompt	10.2—10.45
Ackerbohnen	21—22	Zuckerschnitzel	—
Wicken	23—26	Torfmelasse	10
Blaue Lup.	10—11	Kartoffelflocken	192—19.4
Gelbe Lup.	13.5—14		

Berlin, 18. Juni. (Produktenbericht.) Nach der gestrigen Abschwächung trat auf Befestigung der amerikanischen und europäischen Marktlage im hiesigen Getreidehandel eine Befestigung ein. Vom Inlande bleibt das Angebot gering bei verhältnismäßig hochgehaltenen Preisen der Mühlen. Die nasse Witterung wird günstig beurteilt, verzögert aber vielleicht die Reife. Nach der Provinz wurden größere Mengen australischen Weizens verkauft; Lieferung wurde zu Deckungszwecken höher bezahlt. Western-Roggen wurde in ziemlichem Umfange gehandelt. Inlandsware war für Juli- und Augustlieferung in alter und neuer Ware nur sehr spärlich angeboten. Handelsrechtliche Lieferung wurde durch Deckungskäufe befestigt. Von Gerste wurden gute Qualitäten mehr begehrt. Von Hafer wurde kanadische Ware vermehrt umgesetzt zu festen Preisen. Mehl wurde etwas lebhafter gehandelt. Futterartikel hatten ruhiges Geschäft.

Frankfurt, 18. Juni. (Amtliche Notierungen der Frankfurter Getreidebörse.) Getreide, Hülsenfrüchte und Biertreber ohne Sack, Weizenmehl, Roggenmehl und Kleie mit Sack, per 100 Kilogramm. Weizen 21.5—23.5; Roggen 18—20.5; Hafer inländisch 18.5—22.5; Mais La Plata 21—22.5; Weizenmehl südd. Spezialp. 36.75—37.5; Roggenmehl 28.75—29.75; Weizenkleie 11.75—12; Roggenkleie 12.75—13. Tendenz: fester.

Mannheim, 18. Juni. (Produktenbericht.) Trotz der gestern von den amerikanischen Börsen gemeldeten starken Preiserhöhungen, verlief der heutige hiesige Markt während der Vormittagsstunden in ruhiger Haltung, zumal die Offerten vom Auslande nicht wesentlich erhöht waren.

Man nannte gegen 12½ Uhr: Weizen, inländisch 24—25, ausländisch 28—31; Roggen, inländisch 23.50—23.75, ausländisch 22.50—23; Braugerste ohne Angebot; Futtergerste 21 bis 22.50; Hafer, inländisch 19.50—22, ausländisch 20—22; Mais mit Sack 23.50; Weizenmehl Basis 0 36.25—37.50; Brotmehl 27.25—28.50; Roggenmehl 26.50—30.50; Kleie 12.75, alles per 100 Kilo bahnfrei Mannheim.

Münchener Fleischgroßmarkt

München, 18. Juni. Dem heutigen Markt waren an Frischfleisch 605, an Gefrierfleisch 175, insgesamt 780 Rinderviertel, (gegen 731 am Mittwoch der vorhergegangenen Woche) zugeführt. Das Frischrindfleisch stammte wieder ausnahmslos aus Münchener Schlachtungen und zwar weit überwiegend von Mastochsen, welche aus dem Auslande zugeführt waren, am Montag auf dem hiesigen Ausland-Fettviehmarkt und am Mittwoch auf dem Hauptmarkt gestanden waren, aber weil nicht verkauft, wegen Ablauf der gesetzlich festgesetzten viertägigen Schlachtfrist hatten geschlachtet werden müssen. Von den heutigen Frischrindfleischvorräten waren mindestens 75 Prozent guter, 20 Prozent mittlerer und nur 5 Prozent minderer Beschaffenheit. Auch das aus Argentinien stammende Gefrierrindfleisch war wieder restlos von sehr guter Beschaffenheit. Was den Marktverlauf anbelangt, war derselbe beim Frischrindfleisch sehr ruhig, so daß trotz um 5—6 Pf. pro Pfund herabgesetzter Preise mindestens der dritte Teil des ursprünglichen Vorrates unverkauft blieb. Im Gegensatz zum Verkehr an anderen Markttagen war heute mittlere und geringere Ware viel leichter verkäuflich, als gute, obwohl wieder ziemlich viele Metzgermeister und Besitzer von Gaststätten aus der näheren und auch weiteren Umgegend München sich eingefunden und nambafte Einkäufe gemacht hatten. Die Ursache der heute sehr flauen Platznachfrage dürfte wohl der gewaltige Preissturz auf dem gestrigen Viehmarkt gewesen sein, welcher den Lebendeinkauf der in München ansässigen Metzgermeister sehr begünstigte. — Der Vorrat an Gefrierrindfleisch konnte bis auf ganz wenige Stücke geräumt werden. Preise pro Pfund in Pf. Frischrindfleisch in Längshälften: 1. Qual. 80—100, 2. Qual. 70—79, 3. Qual. 48—69. Gefrierrindfleisch: Vorderviertel 45—46 u. Hinterviertel (ohne Nierenstock) 54—56.

Geldmarkt

Berlin, 18. Juni. (Börsenbericht.) Die Effektenbörse begann in abgeschwächter Tendenz für Industriewerte bei vorwiegenden niedrigen Kursen. Die Rückgänge gingen aber nur ganz vereinzelt über 2 Prozent hinaus. Im Gegensatz hierzu stellten sich die bundesstaatlichen Anleihen angeblich auf Käufe des Auslandes höher, namentlich 3½prozentige preußische Consols wurden ganz erheblich teuerer bezahlt und hiervon ausgehend wurde die Gesamthaltung günstig beeinflußt. Industriewerte holten allerdings unter Schwankungen, dem Gewinnrealisierungen zu Grunde lagen, nicht nur die anfänglichen Verluste wieder ein, sondern die maßgebenden Papiere gewannen darüber hinaus meist noch 1 bis 2 Prozent. Man führte die Bewegung auf ausländische Käufe zurück und wies in diesem Zusammenhang auf die schwebenden Unterhandlungen wegen neuer amerikanischer Kredite hin. Auch der angeblich günstige Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wirkte anregend. Das Geschäft wurde im Verlaufe ziemlich ruhig, doch konnten sich die erzielten Gewinne gut behaupten, da die Abgeber sich zurückhielten. Am Bankenmarkt entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft in Reichsbankanteilen, die nach anfänglicher Abschwächung noch 2 Prozent über den gestrigen Schlußkurs gewinnen konnten. Von den übrigen Bankenwerten stellten sich nur Berliner Handelsgesellschaft höher, von Schiffahrtsaktien erlangten Hamburger Paketfahrt, Hamburg Südamerikanische Dampfschiffahrts- und Rolandlinie bemerkenswerte Befestigung. Hypothekenpfandbriefe zogen nach schwächerem Beginn im Kurse an. Goldpfandbriefe lagen vom Beginn an fest.

Die Geldsätze blieben unverändert; es zeigte sich vermehrte Nachfrage namentlich für Monatsgeld.

München, 18. Juni. (Börsenbericht.) Auch heute setzte wieder, ausgehend von der festen Haltung der Vorkriegspfandbriefe, die ab Freitag, 19. Juni, ebenso wie in Frankfurt und Berlin, auch an der Münchner Börse wieder offiziell notiert werden, ein lebhafterer Handel, besonders in festverzinslichen, sowie Versicherungs- und Textilwerten ein, was in Verbindung mit Interventionen der Banken zu einer großen Reihe von Kursbesserungen von 3—4 Prozent und für Aktienziegel und Hackerbräu je 5 Prozent, sowie Papier Hegge mit 8 Prozent führte. Bankenwerte behaupteten ziemlich ihren Kursstand, doch lag der Markt verödet. Immobilien bekundeten dagegen, angeregt vom Industrieaktienmarkte, feste Haltung und Versicherungen, die fast durchwegs höher lagen, waren sehr fest. Der Freiverkehrsmarkt lag vollkommen vernachlässigt bei stagnierenden Notierungen und die Umsätze auf diesem Gebiete erreichen fast den Nullpunkt. — Der Anlagemarkt war ebenfalls gut erholt, Zwangsanleihe und 3½-Bayern sogar gegenüber gestern höher.

München, 18. Juni. (Freiverkehrskurse.) Adler Pen 40 p; Amperkraft 65 p; Barbarino & Kilp *; Bauer Leo —; Bayern Telephon 0.25 p; Bayern Terrain 30 g; Bayern Torf —; Bayern Traß —; Biwag —; Bugatti —; Chemische Industrie —; Danubia 1.5 g, 1.6 p; Deutsche Wald und Holz —; Develey —; Farben und Lack 20 bg; Fichtelgold 20 g, 25 p; Füssener Genüsse 7 g; Fulag —; Großweiler Braunkohlen 30 g; Hansabank 0.3 g; Halledauer Ziegel —; Isaria 40 g; Joos Söhne —; Kiefer Zement 50 g; Kirschner Schuh —; Kreide Prien —; Kunreuther 34 g; Landesgewerbebank 108 g; Marswerke 67 g; Merk Telefon 110 p; Möding Ziegel 0.7 g; Münchner Bankverein —; Nordd. Vers. —; Drag 60 g; Oberfränk. Überlandzentrale 72 g; Ostermaier —; Papier Neumühle 46 p; Progreß 20 g; Porzellan Beck 0.6 g; Rosner Schuh 40 g; Schwäb. Uhren —; Saphirwerke —; Südbüro —; Uhlmann & Co. 30 g; Wamsler 1.85 g.

Goldanleihe gr. 90.25, kleine 100, Dollarschätze 93.15.

Die Pfandbriefnotierung

Auf Beschluß des Börsenvorstandes werden vom Freitag, 19. Juni, ab die Vorkriegspfandbriefe an der hiesigen Börse wieder notiert. Weizenmehl Spezial 0 39.60—41.00, Roggenmehl 31.80—36.50 RM.

Millionenauftrag der Reichsbahn

Nach einer Blättermeldung hat die Reichsbahn zur Wiederherstellung des Oberbaues und des Schienenkörpers an den Stahlwerk-Verband einen Auftrag von 300 000 bis 380 000 Tonnen Oberbaumaterial vergeben. Das Objekt beträgt etwa 50 Millionen Reichsmark. Die Summe soll aus Betriebseinnahmen aufgebracht werden, so daß wöchentliche Ratenzahlungen für die Abdeckung in Frage kommen.

Der betriebsame Ford

Henry Ford bereitet die Errichtung eines großen Werkes vor, in dem seine Serienautomobile zusammengesetzt und montiert werden sollen. Mit den finnischen Behörden sind bereits Verhandlungen angeknüpft worden, die nach privaten Informationen einen günstigen Verlauf nehmen. Nach Ansicht unterrichteter Kreise beabsichtigt Ford, von Finnland aus sich für seine Kraftwagen Absatzgebiete auf dem russischen Markt zu erschließen.

Die Schulden des Stinneskonzerns

Die Gesamtverpflichtungen des Stinneskonzerns belaufen sich auf 155 Millionen Rm. Davon sind 110 Millionen kurzfristige in diesen Monaten fällige Verbindlichkeiten. Etwa 20 Prozent der Gesamtsumme sind durch Rembourse und Waren gedeckt, weitere 20 Prozent finden Deckung in vorhandenen Forderungen. Es bleibt eine Schuldenlast von 90 Millionen Reichsmark zu decken. Die Banken sind bereit, 50 Millionen fest zu geben gegen Verpfändung der vorhandenen Sicherheiten.

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Lokales, Wirtschaft, Bewegung und Sport Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: Joseph Stolzing-Cerny; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger, G. m. b. H. Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn.

Der Nordpol nicht erreicht

Amundsen zurückgekehrt

Oslo, 19. Juni. Roald Amundsen ist gestern morgen mit fünf Begleitern in Kingsbay angekommen. Nach letzten Meldungen hat Amundsen am 88. Grad infolge von Maschinendefekt notlanden müssen. Er hat dann mit Schlitten die Eisbarriere erreicht, wo man ihm zu Hilfe gekommen ist.

Kopenhagen, 19. Juni. Nach hier vorliegenden Meldungen soll Amundsen nach seinem Eintreffen in Spitzbergen in einem Telegramm erklärt haben, daß er zwar wohlbehalten mit seinen sechs Begleitern mit den zwei Flugzeugen zurückgekehrt sei, den Nordpol aber nicht erreicht habe. Nach einem Funkbericht aus Newyork sind Amundsens Flugzeuge durch Nebel zu weit westwärts geflogen und mußten nach einer Kursänderung ostwärts eine Notlandung vornehmen. Die beiden Flugzeuge waren darauf zwischen Eismassen eingeschlossen. Amundsen ist vermutlich wegen dieser Schwierigkeiten zum

Der Reichstag an Amundsen

Berlin, 19. Juni. Bei der Eröffnung der heutigen Reichstagssitzung teilte Präsident Löbe mit, daß er namens des Reichstages und des deutschen Volkes dem kühnen Nordpolfahrer und Naturforscher Amundsen zu seiner und seiner Gefährten glücklichen Rückkehr telegraphisch Glückwünsche ausgesprochen habe.

Zeichen des Erwachens

Der „Petit Oranais“ (Algier) schreibt (5. Juni 1925): „Wir erwähnten die antisemitische Krise Ende des vorigen Jahrhunderts, deren sich die katholischen Parteien bemächtigt hatten, um sie vor ihren Interessenwagen zu spannen und sie ihren politischen Zielen dienstbar zu machen. Der heutige Antisemitismus ist anders. Er erhebt sich weit über die damaligen flachen Ansätze. Die heutigen Antisemiten sind freie Denker im wahren Sinne des Wortes, sie sind überzeugte Anhänger von dem Satze: Das Volk soll sich selbst regieren, und soll aus den Krallen der jüdischen Geldmächte befreit werden.

Mit einem Worte, die antisemitische Idee, wie sie heute sich gebildet hat, ist die Idee des freien Denkens und des sozialen Fortschrittes; sie kämpft an gegen die übertriebene Form des Klerikalismus, gegen den jüdischen Klerikalismus, als auch gegen die drohende wirtschaftliche Versklavung, die nicht weniger schrecklich ist und die im Zusammenhang steht mit der skandalösen Bereicherung der jüdischen Gesellschaft, die daran geht, mit dem Gewicht ihres Goldes das französische und algerische Proletariat zu zermalmen.

Das sind in Umrissen die Ideen der wahrheitsliebenden Männer, die ihre wirtschaftlichen, wahren Doktrinen auch beweisen können. Und damit der neue Kampf noch schärfer eröffnet wird, damit das arbeitende Volk Algiers sich verteidigen kann, hat die ‚Lateinische Union‘ ihre Fahnen entrollt, zur Schlacht des Volkes gegen Aristokratie und Klerus, die Hand in Hand mit den Juden gehen.“

Talmudistische Selbstentlarvung

Das Organ der österreichischen israelitischen Union, die „Wahrheit“, widmet dem Heros der Sozialdemokratie, Lassalle, eine Reihe von Aufsätzen. Wir bringen darüber einige lehrreiche Sätze aus Nr. 17, 1925:

„Aber noch ein anderes historisches Faktum, das dem Schlagwort vom jüdischen Kapitalismus den Boden entzieht! Der unbefangene Historiker kann doch unmöglich achtlos an dem Phänomen vorübergehen, daß gerade die sozialistische Geistesrichtung und Weltanschauung ihre Begründung und Ausbildung von jüdischen Denkern, jüdischen Autoren und Initiatoren, daß sie ihre klugen Parteiführer und redegewaltigen Agitatoren aus der Mitte des jüdischen Volkes empfangen hat. Hermann Onken z. B. sagt wörtlich: „Nicht zufällig sind es zwei deutschjüdische Gelehrte gewesen, die durch politische Aktion und durch umsichtige Arbeit die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland und Europa ausgelöst haben.“ Es fügt hinzu: „Schon die Tatsache dieser Abstammung schließt ein Problem in sich, und eines der interessantesten. Das deutsche Judentum sah alle großen, an den Emanzipationskampf des dritten Standes geknüpften Hoffnungen grausam vernichtet. Der Liberalismus erwies sich schwach und versagte vollständig in einzelnen Repräsentanten. Je mehr die Juden an Besitz (!!) und Bildung zugenommen, um so empfindlicher wurde der Druck der sozialen Mißachtung und politischer Zurücksetzung. Das hat die Heine und Börne, die Marx und Lassalle in die Bahn des Radikalismus geführt; es war nur Logik der Tatsachen, eine strenge Konsequenz der Geschichte, daß die mächtigsten, schöpferischen Wortführer im Emanzipationskampfe des vierten Standes jüdischen Blutes sein mußten.“

„Diese Erklärung haftet jedoch zu sehr am Äußerlichen und läßt außer Acht den Einfluß des Blutes gegenüber dem des Milieus, der Erbdisposition gegenüber der umgestalteten Umwelt. Sie reicht ferner ebensowenig hin, die Tatsache zu erklären, daß auch der englische Jude David Ricardo zum Vorkämpfer des Proletariates geworden. In den ‚Briefen einer englischen Dame‘ heißt es von der sozialdemokratischen Doktrin: Es steckt darin scharfe Beobachtungsgabe, exakte Berechnung, streng gegliederte talmudische Kombination und kritischer Scharfsinn.“

Wir nageln hiermit das Geständnis, daß der Sozialismus in seiner bisherigen Form ein rein jüdisches Geistesprodukt darstellt, ein für allemal fest. Die „talmudische Kombination“ der Völkerzersetzung hat denn auch ihre notwendigen Früchte gezeitigt, wie wir sie am schönsten in Sowjetjudäa haben ausreifen sehen.

Der Verfasser des Aufsatzes, Max Grunwald, fügt dann noch stolz hinzu: „So haben sie (die Juden), mitgekämpft, alle Schlachten zur Emanzipation des dritten Standes, sind sie die Rufer im Streite geworden zur sozialen Befreiung und Erlösung des Proletariates, sind sie in hellen Scharen, in flammender Begeisterung gegen das zaristische Rußland freiwillig ins Feld gezogen. Nicht äußerliche Nutzzwecke, sondern die Stimme des Blutes, die ererbten Instinkte gelangen in den Erscheinungen der Geschichte zum Durchbruch.“

Das glauben auch wir. Unsere Stimme des Blutes aber fordert die restlose Ausscheidung des Parasiten aus allen Staaten Europas.

Besucht die Deutsche Verkehrs-Ausstellung München 1925 Juni—Oktober

LEDERWAREN
Damentaschen, Markttaschen, Einkaufsbeutel, Schultaschen, Aktenmappen | Brieftaschen, Geldtaschen, Zigarrenetuis, Zigarettenetuis usw.
SPORTARTIKEL
Fußbälle, Fußballschuhe, Gamaschen, Rucksäcke, Skibindungen | Reisekoffer, Hosenträger, Damengürtel, Hundesport-Artikel usw.
Anton Keller, Sattlerei
München, Burgstraße 6
gegenüber dem Durchgang zur Ledererstraße
Bitte genau auf meine Firma zu achten!
Werkstätte: Baaderstraße 10 Telephon 22490
Erstklassige Treibriemen

Schutzmarke
WILH. SCHMIDT
SPIELWAREN
MÜNCHEN
Neuhauserstraße 20
Telephon Nr. 57420
Postscheck: München 15247

Briefmarkensammler verlangt Gratis-Prospekte von dem Briefmarken-Rundsendungsverband „Neckar“, Luginsland bei Stuttgart. Aufnahme- und beitragsfrei

WAS AN DER TÜRE DU GIBST IN FALSCHEM ERBARMEN, NIMMST DU DEN STILLVERSCHÄMT, WIRKLICHEN ARMEN.

August Riepolt
München
Färbergraben 26, Tel. 25209
Korbmöbel
Kinderwagen
Kinderstühle
Korbwaren

Wo? lassen Sie Ihre Schuhe gut und billig doppeln und reparieren?
Garantiert prima Kernleder
Herren-Sohlen . . von 3.— M. an
„ Absätze . . „ 1.— „ „
Damen-Sohlen . . „ 2.30 „ „
„ Absätze . . „ —.70 „ „
Gummi-Bayersohlen u. Absätze nur gute Marken!
Wo? Nordendstraße 6
Erste Großschuhsohlerei
Annahme in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins 1864

Stempel-Bock
München
Sendlingerstr. 54
Gravieranstalt mit Kraftbetr.
Metall- und Gummistempel-Fabrik
Email-Schilder
Datum- Nummeriermaschinen- Stahl- u. Messingstempel Schablonen
Klischees Siegel u. Petschafte
Messingtürschilder
Stempelkissen u. Farben
Versand nach Auswärts — Preisblatt gratis

卐 Tornister 卐
ganz Kalbfell mit Tragriemen, leicht gebraucht 4.50
Schulterriemen mit Karabinerhaken 1.95
Armbinden sowie alle übrigen Ausrüstungsgegenstände
Ch. Specht, Leipzig, Comeniusstraße 17

Zigaretten der oesterreichischen Tabakregie von edelster Eigenart
in allen Zigarrengeschäften Deutschlands erhältlich.

In gleicher Ausführung: Koppelschlösser für Stahlhelm, Jungstahlhelm, Wehrwolf, Jungdo usw.
Koppelschloß 4½ cm breit, I. feldgrau M. —.80 II. Messing, poliert M. 1.20, braune Kernlederkoppel 90–105 cm lang, mit Schloß M. 4.—, bezw. M. 4.50 Schulterriemen M. 1.50, Sterne für Führer M. —.10 Kokarden M. —.10, Hakenkreuz-Nadeln M. —.30 Hakenkreuz-Nadeln, größer M. —.60, Fahnennägel M. 5.— bis M. 15.—, ½ d. nat. Größe Ringkragen für Fahnenträger M. 12.—, Vereins- und Festabzeichen aller Art, Hitler-Mützen, vorschriftsmäßig M. 3.— Brotbeutel M. 3.25 usw. (preuss. Vorschrift)
Kamerad
G. Salle, Dresden, Neuegasse 30
Versand gegen Nachnahme
Ortsgruppen und Wiederverkäufer erhalten Rabatt

Besucht die im Völkischen Beobachter inserierten Vergnügungs- u. Gaststätten

An- und Verkauf neuer und gebrauchter Herren-Kleider
Militärkleider
reell
Spezialgeschäft
Heinrich Herkert
Bayerstraße 1/1
Telefonruf 51 875
Gegründet 1894

Molkerei-Produkte, M. Meierhofer
Immenstadt (bayer. Allgäu)

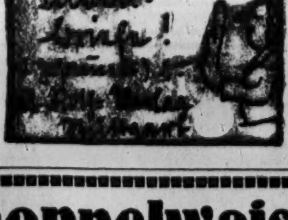
Emmenthaler ohne Rinde, Marke „Alpsee“ Postkolli zu 18 Stück in Originalschachteln zu 6 Portionen . . . . M.	1.15
Camembert, Postkolli zu 12 Stück in Originalschachteln zu 6 Portionen . M.	1.70
Delikateßkäse, Marke „Willersalp“, Postkolli zu 60 Stück à . . . . . M.	-.25
Ia Stangenkäse, 20%, Marke „Laubenberg“, Postkolli . . . . M.	6.80
ff. Allgäuer Molkereibutter 20 Pf. höher nach Kempter Höchstnotierung zur Zeit 9 Pfund . . . . M.	18.50

Herrenhüte werden umgearbeitet auf neueste Formen gebügelt, gefärbt, garniert
Damenhüte fassoniert in 8—10 Tagen
Kurt Weise
Hutmachermeister
Fraunhoferstraße 8
Filiale: Holzapfelstraße 7

Lüster
Seidenschirme, Ampeln, Züge, Steh- u. Ständerlampen kaufen Sie am billigsten bei reeller Bedienung, sowie größter Auswahl.
Negele, Hackenstraße Nr. 5

Detektor-Reparatur Apparatebau nach jedem Wunsch bei Fabris, Gabelsbergerstraße 78/3. Aufträge von auswärts werden prompt erledigt

Hüte Mützen
J. Frey
München
Dachauerstr. 10



Unsere Leser decken ihren Bedarf nur bei den in unserem Blatte inserierenden Firmen!

Pianos v. Qualität
Eiche, Nußbaum, f. bill. Teilz. Sch. kreuzs. Tafelpiano! Miet-Pianos frei! Pianol. Suenau, Augustenstr. 76

Völkischer Maler übernimmt noch Aufträge aller Art (Zimmer, Möbel, Schriften) prompt und billig
Hartl, Steinstr. 1/I

Doppelwaise
18 Jahre alt, sucht per sofort Stellung in einfachem Haushalt neben der Frau. Offerten unter 221 an die Anzeigenabteilung dieses Blattes.

Die schönsten Mousseline
ca. 80 cm breit, in großer Auswahl der hübschesten, hellen, gedeckten und dunklen Muster für Kleider, Blusen, Kasaks, Dirndl- und Kinderkleider, Lampenschirme und Dekorationszwecke, per Meter
68 ₰ 78 ₰ 98 ₰ 1.15 M.
Muster nach auswärts. Versand nur gegen Nachnahme, von Mark 20.— an franko!
Madlener
Sendlingertorplatz 10

Herren-Kleidung
fertig und nach Maß
in mustergültiger Verarbeitung und Paßform
sehr preiswert
Töpler
München
Reichenbachstr. 34

HELLABRUNN
vormals Tierpark
Heute Samstag, den 20. Juni 1925 Heute
Brillantes Riesenfeuerwerk
anläßlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande, mit den monumentalen Bildern in pyrotechnischer Vollendung: mit der Feuerschrift „Deutsch bleibt der Rhein!“ Der Rheinfall bei Schaffhausen in wunderbarster Beleuchtung (morgens-mittags-abends). Die Loreley in idealer Ausführung nach dem bekannten Liede von Heine.
Riesenkanonade
vieler Batterien. — Das prächtigste Feuerwerk, das je in Hellabrunn stattfand. Ausgeführt von der bekannten Hofkunstfeuerwerksfabrik F. G. Sauer, Augsburg, unter persönlicher Leitung des Herrn Sauer.
Großes Militär-Konzert mit Trommlerkorps unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters W. Krug.
Gesangsvorträge rheinischer Lieder von dem Sängerchor des Deutschen Kriegerbundes unter Leitung des Dirigenten Herrn Schneider. Fackel- und Lampionzug. Kassa-Öffnung 5 Uhr. Beginn des Festes 7 Uhr. Abbrennung des Riesenfeuerwerkes nach Einbruch der Dunkelheit. Verstärkter Straßenbahnbetrieb der Linien 20 und 25

Sport- und Fachmann, denke dran: Alles gibt's — bei
HERM. HAHN
KRAFTFAHRZEUG-BEDARF u. BEREIFUNG
VULKANISIER-WERKSTÄTTEN
München Sonnenstr. 27 Fernspr. 51446, 57621
Nürnberg vord. Sterng. 1 Fernsprecher 8860

? WOHIN ?
Der Fremde geht in München dahin, wo es der Münchner gemütlich findet!

Löwenbräu-Keller
Saal — Garten — Terrassen
Täglich Konzerte

Hacker-Keller Theresienhöhe nächst Ausstellung
Täglich große Konzerte
Vorzügliche Speisen

Thomasbräu-Keller
Kapuzinerpl. 5 (Linie 10, 12, 17) Clemens Haustein
Mittwoch, Samstag, Sonntag
Große Garten-Konzerte

Mathäser Bierhallen Garten Täglich Konzert Ia Küche
Löwenbräubier

Bürger-Bräu-Keller
Rosenheimerstraße, Linie 1 u. 11
Jeden Mittwoch Sommernachts-Ball mit Gartenkonzert | Samstag u. Sonntag Garten-Konzert

Viktoria-Gaststätten
Max Denkmal Telephon 20266
Herrlicher Garten
Vorzügl. Mittags- u. Abendtisch, Ia Biere u. Weine

Löwenbräu-Keller
Saal / Garten / Terrassen
Täglich ab 8 Uhr abends
Sonn- und Feiertags ab 4 Uhr
Großes Konzert
Im Bräustüberl jeden Sonn- und Feiertag
Frühschoppen-Konzert
Bei günstiger Witterung finden die Konzerte im Garten statt.
Auswahlreicher Mittag- und Abendtisch.

Bürgerbräu-Keller
Samstag und Sonntag
Große Konzerte

KINO-ANZEIGER
Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie
Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger“ Nr. 3
RATHAUS-LICHTSPIELE Ralphs galante Abenteuer 6 amüsante Akte
SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE Jackie, der kleine Robinson
UFA-THEATER geg. Marstall Dachauerstr. 16 Zur Chronik v. Grieshuus (Junker Hinrichs verbotene Liebe)
KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 28 Telephon 24327
Lya Mara in Die Venus vom Montmartre
Ein Gesellschafts-Großfilm ersten Ranges in 6 Akten
Telephon 53377 LICHT-SCHAUSPIELHAUS Dachauerstr. 44
Sie lachen Tränen mit Buster Keaton als Sherlock Holmes jr.
Luciano Albertini in seinem neuesten Sensationsgroßfilm Paris—London—New-York
Besuchet die Familien-Sonntag-Vormittags-Vorstellungen obiger Kinos!
KI-PA Film-Palast Müllerstraße 32 Blumenstraße 29
Henny Porten
in dem Monumentalfilm der Dewesti
Das goldene Kalb
Hierzu das erstklassige Beiprogramm
Unsere Leser sehen sich nur die Qualitätsfilme, der im „Völkischen Beobachter“ inserierenden Lichtspielhäuser an!

THEATER-ANZEIGER
Samstag, den 20. Juni 1925

National-Theater Der holzgeschnitzte Prinz / Pierrots Sommernacht Scheherazade Anfang 7½ Uhr	Residenz-Theater Die Zauberflöte Anfang 6 Uhr	Kammerspiele Pelleas und Melisande Anfang 7½ Uhr	Operetten-Bühne Lustspielhaus, Barer Str. 7 Die Geliebte Seiner Hoheit Anfang 7½ Uhr
Prinz-Reg.-Theater —	Schauspielhaus Die Wildente Anfang 7½ Uhr	Gärtnerpl.-Theater Anneliese von Dessau Anfang 7½ Uhr	Volkstheater Die vertauschte Frau Anfang 7½ Uhr

RUNDFUNK MÜNCHEN

Samstag, den 20. Juni.

11.45: Wetterbericht und Zeitzeichen.

1.45: Pressemeldungen — Zeitzeichen — Wetterbericht — Börsennachrichten.

3.30: Bayerischer land- und forstwirtschaftlicher Rundfunkdienst der Bayer. Landesbauernkammer in Verbindung mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

3.45: Lehrkurs für Geflügelzucht. Vortragende Frau K. v. Sanden.

4.15—6: Nachmittagskonzert:

4.15—5: Kammerquartett Anny Rosenberger.

5—6: Kapelle Max Pfabler. Mitwirkend: Eugen Linner, Trompete.

6: Bayerischer land- und forstwirtschaftlicher Rundfunkdienst der Bayer. Landesbauernkammer in Verbindung mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

6.30—7.15: Nothilfe bei Unglücksfällen. 1. Vortrag Dr. med. Otto Kolb: Überblick. Bilder folgen im „Südd. Rundfunk“ (B. R. Z.) Nr 25.

7.15—7.45: Russischer Sprachkurs.

7.45—8.30: Vortrag u. Rezitationen von Georg Schmidt, Nürnberg: Die Nürnberger Mundart in der Dichtung.

8.30—9.15: „Die Lore“, Lustspiel in 1 Akt von O. E. Hartleben. Spielleitung: Albert Spenger.

9.15—10: Das Schlierseer Virtuosen-Trio. Leitung: Konzertmeister Karl Schwarz.

10: Pressemeldungen, Sportfunk, Zeitangabe, Wetterbericht, Geschäftsnachrichten.

Anschließend bis 1: Tanzkapelle Duval. (Übertragung aus dem Odeonkasino.)

„Deutsche Stunde in Bayern“, Abteilung Vertrieb / Funkhaus / Karlstraße 21
Verkauf und Vorführung hochwertiger Rundfunkempfänger, Detektor-, Röhren-Apparate, Lampen, Kopfhörer, Lautsprecher, Zubehör, Antennenbau

Verwenden Sie Helios-Detektoren, die Qualitätsmarke

RADIO-DOPPEL-KOPFHÖRER M. 3.95 u. M. 4.50
statt M. 9.50 u. M. 11.50 nur mehr bei Fabris, Gabelsbergerstraße 78/3